

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatl. drei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Griebenhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 090, Dresdner Verlagsgesellschaft
Erscheinung: Dresden-Alt., Griebenhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 M. für Familienanzeigen 0,20 M. für die Restameile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 M. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt., Griebenhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 20. Juni 1929

Nummer 141

Die sächsische SPD zur Koalition bereit Vorbereitung der Mitgliedschaft

Dobberts Mission

heute findet im Landtag ein neuer Wahlgang für die Wahl zum Ministerpräsidenten statt. Auch dieses Theater wird ausgehen als totes Kennen. Die bürgerlichen Parteien haben sich noch nicht verständigt. Die SPD-Führer wollen aber noch ein wenig Pause, um ihren Eintritt in die Koalition planmäßig vorzubereiten. Wir haben schon mehrfach festgestellt, daß die SPD in Sachsen gewillt ist, in eine Koalition einzutreten. Wir haben die Gründe dazu mehrfach angeführt und brauchen sie hier nicht zu wiederholen. Auf der Tagung der Landesinstanzen der SPD haben sich 17 Vertreter für die Beteiligung in der Koalition ausgesprochen. Damals verkündeten die Edel und Genossen, daß die SPD nicht daran denke, an einer Regierung mit der Volkspartei teilzunehmen. Jetzt ergibt sich aber, daß die 17 schon die Führung besitzen. Die radikalen Schwäher, die Edel, Böchel usw., leisten aber keineswegs Widerstand gegen die Vorstöße der Koalitionspolitiker, sondern fördern die Haltung der 17. Diese gehen dem über die Mitglieder zu bearbeiten. So hat jetzt der Abgeordnete Wehle in einer SPD-Funktionärerversammlung in Cottbus zur Regierungsbildung gesprochen. Der Teufelstanz meldet dem:

Eine Funktionärerversammlung der sozialdemokratischen Ortsgruppen von Bautzen und Bischofswerda hat sich nach einem längeren Referat des Abg. Wehle für die Bildung einer Koalitionsregierung ausgesprochen unter der Bedingung, daß die SPD sowohl der Posten des Ministerpräsidenten als auch die Stellen von drei weiteren Ministern überlassen würden. Die Beschlüsse sind jedoch weiter gegen 5 Stimmen, die bis dahinige Haltung des Abg. Wehle zu billigen und forderte, daß Wehle auch in Zukunft dafür eintrete, die Stärke der SPD im Landtag in eine rege Beteiligung an der Staatsmacht umzuwandeln mit dem Ziele, die Deutschnationale Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten von der Mitarbeit an der Regierung auszuschließen.

Dieser Schritt ist vollständig, was wir vorausgesetzt haben. Auch in Dresden, dem Domizil Edels, geht man daran, die SPD auf die Koalition einzustellen. So läßt man jetzt den Abgeordneten Dobbert auf die Dresdner Mitglieder los. Heute hält dieser einen Vortrag zur Regierungsbildung in einer SPD-Mitgliederversammlung in Cotta.

In der Zukunftsnummer des Klassenkampf der Halbmonatsheft der sogenannten „Linken“, bringt man einen nicht ganz richtigen Artikel über „Die sächsische Sozialdemokratie zur Regierungsbildung“. Dieser Artikel wendet sich zwar noch gegen die Koalitionsbeteiligung, jedoch in einer Form, die deutlich erkennen läßt, daß man praktisch bereit ist, in die Regierung einzutreten. Der Artikel ist als Uebergangsstadium für die Einstellung

der SPD-Arbeiter auf die Koalitionspolitik zu bemerken. Der Artikel-Schreiber bezeichnet die Nichtbeteiligung an der Regierung als das „Kleinere Übel“.

Nach einigen Feststellungen über die Lage, beschäftigt sich der Artikel dann mit den Nationalsozialisten. „Rettung vor den Faschisten“, das ist, wie wir schon gleich am Tage nach der Wahl feststellten, die Parole, mit der die sächsische SPD-Führer in die Koalition wollen. So schreibt der Klassenkampf:

„Inmerhin ist es keine angenehme Aussicht für manche bürgerliche Parteien, aber auch für die sächsische Arbeiterschaft, daß in den nächsten Jahren die Politik von der Gnade der Nationalsozialisten abhängig sein soll.“

Das ist auch das Hauptargument der Genossen innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie, die sich für die Bildung einer Koalition einsetzen.“

Dann heißt es, der 1. Mai, der 9. November müssen verteidigt werden, ebenso die sächsische Wohlfahrtspflege usw. Dann erklärt dieser „Gegner“ der Koalition folgendes:

„Nur dann, wenn es den Parteien des bisherigen Grobbürgerblocks nicht gelingt, die heterogenen Kräfte zur Rettung der Sozialdemokratie zu vereinen, wäre unter Annahme ihres Mindestprogramms die Möglichkeit für ein Arbeiten der Sozialdemokratie Sachsens in der Regierung mit bürgerlichen Parteien gegeben.“

Das ist deutlich genug. Die SPD ist zur Rettung des Bürgerrechts aus schwieriger Lage, wie alle Zeit, so auch hier bereit.

Die sozialdemokratischen Führer treiben ein frivoles Spiel mit den Arbeitern. Sie wollen alle in die Koalition, sie wollen den gleichen Kurs wie im Reich.

Die Arbeiterschaft wird das Spiel der SPD-Führer durchschauen und sich mit Empörung von diesen Arbeiterbetrüggern abwenden.

Lügen-Künstlers Abfuhr bei den Leipziger SPD-Arbeitern

Was die Dresdner und Leipziger Volkszeitung seit einer Woche verschweigt

Die sozialdemokratische Presse hat im allgemeinen die Gewohnheit, über Mitgliederversammlungen ihrer Partei lange Berichte zu veröffentlichen. Aber nicht immer. Am 13. Juni tagte die Mitgliederversammlung der SPD Groß-Leipzig, in der der Berliner Parteivorstand Künzler über den 1. Mai sprach. Wir sind heute in der Lage, unseren Lesern einen ausführlichen Bericht über diese Volksversammlung zu unterbreiten, dessen Inhalt es allerdings verständlich macht, warum die Leipziger Volkszeitung bis heute noch nicht eine Zeile Raum gefunden hat, um über diese Versammlung zu berichten. Künzlers unverschämte Provokation und Lüge über die Berliner Parteivorstände stehen auf leihhaftem Widerspruch bei den Leipziger SPD-Arbeitern. Die Auseinandersetzung innerhalb der SPD zwischen den ehrlichen Arbeitern und der korrupten Führerschicht ist in vollem Gange und wird nicht zur Ruhe kommen.

Künzlers Lügenbericht

Künzler führte in seinem Referat über den 1. Mai in Berlin u. a. folgendes aus: Eigentlich habe Jörgiebel die Wähligehob, das Demonstrationenverbot aufzuheben, zumal auch in der SPD Stimmen dafür laut geworden seien.

In der entscheidenden Sitzung, an der auch Jörgiebel und er selbst teilgenommen hätten, sei die Nachricht gekommen, daß zwei Genossen bei dem Versuch, ihre Frauen vor unfittlichen Belästigungen durch Kommunisten zu beschützen, von diesen erdolcht worden seien. (!!) (Diese niederträchtige Schwindelmessung hat nicht einmal die sozialdemokratische Presse später zu verbreiten gewagt. L. Reb.) Darauf sei beschloffen worden, das Verbot aufrechtzuerhalten!

Der Beschluß der Gewerkschaften, um Arbeiterinnen zu vermeiden, in die Säle zu gehen, sei auch darauf zurückzuführen, daß die „Kote Frohne“ 1929 geschrieben habe, es sei wohl diesmal die letzte unblutige Maitfeier gewesen.

Böttcher als Kronzeuge

Dann führte er Trozki als Kronzeugen an, der 1924 einmal geschrieben habe, daß sich die KPD mit dem Lumpenproletariat verbünde, um mit diesen Elementen Blutvergießen zu provozieren. Auch die Böttcherische „Arbeiterpolitik“ hat Künzler das „Beweismaterial“ für die Blutschuld der Kommunisten, daß er eifrig anzunehmen versucht.

Künzler stellte die Frage, warum die Kommunisten ihre Barrikaden nicht am Kurfürstendamms gebaut hätten. Dort hätte Jörgiebel die Polizei nicht eingreifen lassen. (!!)

Im übrigen sei der Einfluß der Kommunisten auf die Massen „unmengenmäßig“. Die KPD habe nur noch 15 000 Mitglieder in Berlin, sie habe keinen Einfluß und wolle nur durch Aktionen die Massen vorwärts treiben. (Widerspruch in der Versammlung.)

Künzler schloß mit einer scheinradikalen Phrase, indem er erklärte: Wir Sozialdemokraten sind nicht die letzten, die die Umwandlung des heutigen Staates in eine bessere Staatsform begrüßen würden. Aber wir lehnen die verbrecherischen, patzschischen, nur dem Faschismus dienenden Methoden der Kommunisten ab.

Die Ansprache

An der Diskussion beteiligten sich acht Redner, von denen sich bezeichnenderweise nicht weniger als fünf gegen Künzlers Verteidigung Jörgiebels

wandten, während sich nur drei mit seinen Ausführungen einverstanden erklärten. Wir haben aus der Diskussion die folgenden Ausführungen hervorgehoben:

Wenn befürchtet wurde, daß es zu einer Kraftprobe zwischen uns und den Kommunisten kommen würde, so steht außer Zweifel, daß die Gewerkschaften nicht den richtigen Weg wählten, wenn sie zu Versammlungen in geschlossenen Sälen aufriefen. Das ist ein Zeichen der Schwäche und der Feigheit. (Beifall und Widerspruch.)

„Bestialische Polizeimariä“

In Berlin steht und hört man nichts, daß der Polizeikommissar, die geradezu bestialisch hauchte, auch nur ein Haar getrümt wurde. Bis heute sind die Berichte der liberalen Presse von Jörgiebel nicht widerrufen worden. Wir wenden uns auch dagegen, daß es möglich ist, daß führende Parteigenossen, wie Jörgiebel, ihre Darstellung in bürgerlichen Blättern geben können. Es sei bezeichnend, daß Blätter, wie das Berliner Tageblatt, die Volkszeitung und die Welt am Montag, die Hausblätter des hoch zu 90 Prozent sozialdemokratischen Reichsbanners seien.

Gegen die Lügen der Leipziger Volkszeitung

Raumann wendet sich dann der Kritik der Leipziger Volkszeitung in ihrer Berichterstattung über die Parteivorstände zu. Warum habe sie nur so spärliche und zögernde Mitteilungen über Berlin gebracht? Der sozialdemokratische Pressebericht habe vollkommen verlagert.

Künzler hat es so darstellen wollen, als habe der Janhagel abends um 8 Uhr zuerst geschossen. Es steht doch aber fest, daß schon vormittags 11 Uhr in den Arbeitervierteln von der Polizei geschossen wurde. Wer glaubt eigentlich an das Märchen von 14 erschossenen Arabinern? Sie selbst etwa, Genosse Künzler? (Vehementer Beifall im Saal.) Wie kann es möglich sein, daß die Arbeiter auf den Barrikaden kämpften und daß doch kein einziger Polizeibeamter verwundet wurde? Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß alle Opfer Unbeteiligte waren und daß sie alle zu gleicher Zeit von unten nach oben getroffen wurden. Wo sind also die berühmten Dackelhüner? (Beifall.) Wie wurde Gemeinhardt erschossen?

„Wenn die Maschine in Bewegung ist“

Das Polizeisystem, diese Maschine, einmal in Bewegung gesetzt, leibt wenn sie von einem Sozialdemokraten in Bewegung gesetzt wird, fragt nicht danach: Haft du ein Mitgliedsbuch in der Tasche, und was für eins? Gegen dieses System wenden wir uns mit aller Schärfe. (Beifall und Widerspruch.)

Bliege Angst vor den Herbstwahlen

Bliege führte aus, es sei ein Fehler gewesen, auf die Maidemonstration zu verzichten. Das Wahlergebnis für die SPD bei den Landtagswahlen sei trotz und nicht wegen des 1. Mai in Berlin aufzuheben gekommen. Wir werden bei den Herbstwahlen sehen, wie sich die Berliner Vorgänge auswirken haben. Jedenfalls haben die Kommunisten einen starken moralischen Erfolg davongetragen.

Wir müssen sagen, daß die absolute Bejahung des heutigen Staates durch die Parteiführung viel dazu beitragen wird,

Neuer Vorstoß der Volkspartei gegen die Arbeitslosenversicherung

Allgemeiner Abbau der Unterstützungssätze gefordert
Berlin, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag einen Antrag zur Arbeitslosenversicherung eingebracht, in dem verlangt wird, daß der Versicherungspflicht alle diejenigen auszuschließen, bei denen man von einem regelmäßigen, ständigen Arbeitsverhältnis nicht sprechen kann oder bei denen die Kontrolle des Beschäftigungszustandes unmöglich ist. Versicherungspflicht werden sollen u. a. Arbeiter, deren regelmäßiges Arbeitseinkommen den Betrag von wesentlich 10 Mark nicht erreicht, ferner Jugendliche unter 18 Jahren, bis zu 50 Prozent erwerbsfähige Hausarbeiten. Ausgeschlossen sollen ferner die, die vollständig tätig sind oder von der Familie unterhalten werden. Außerdem soll der Verwaltungsrat das Recht erhalten, in besonderen Fällen insbesondere in Wiederholungsfällen die Sperre auf 8 Wochen zu verlängern oder die Unterstützung während 6 Monate zugrunde gelegt werden. Die Unterstützung soll 70 Prozent des Tariflohnes nicht übersteigen. Neu beantragt wird ein § 107 a, nachdem volle Unterstützung nur der beträgt, der mindestens 52 Beitragswochen nachweist, hat weniger als 32 Wochen, aber mehr als 30 Beitragswochen nachgewiesen, so werden die Unterstützungssätze um 25 Prozent gekürzt, sind weniger als 30 Wochen nachgewiesen, um 50 Prozent. Zu diesem neuen Paragraphen hat das Zentrum bereits seine Zustimmung erteilt. Auf die Saisonarbeiter bezieht sich die Bestimmung, daß die Karenzzeit zwischen dem Tage des Eintritts in die Arbeitslosigkeit und dem Beginn der Unterstützung von 7 Tagen auf 8 Wochen erweitert wird. Unternehmer, die bei der Berechnung falsche oder unvollständige Angaben machen, müssen bei Reichsanwalt den daraus entstehenden Schaden ersetzen und können in eine Ordnungstrafe bis zu 1000 Mark genommen werden.

Trotz des Geheißes der Sozialdemokraten, daß sie einer Verschärfung des ABG nicht zustimmen, werden sie im Interesse der Erhaltung der Koalition vor der Volkspartei kapitulieren. Die Arbeiterschaft muß ihren Kampf gegen den Vorstoß der Koalitionsparteien, den Abbau der Arbeitslosenunterstützung durchzuführen, verstärken.

Sinnhaft zu schaffen und die Schuld an den Berliner Vorgängen selbst. Wer bürgt uns dafür, daß dieses System in Zukunft vor den SPD-Arbeitern halt macht? Müßten wir nach solchen ungeheuerlichen Vorgängen unseren Führern nicht ein Halt zusetzen?

Auch die Prozesse haben ein sehr ungünstiges Bild für die Polizei ergeben. Was die Berichterstattung der VB betrifft, so wollten wir warten, bis wir objektive Berichte zur Hand hätten. Uns genügt nicht, was der Vorwärts schrieb.

Ein unbequemer Gast der Internationale

Ein SAJ-Genosse aus Holland, der sich längere Zeit in Weiddeutschland aufhielt, kam am 3. Mai nach Berlin, um sich an Ort und Stelle zu überzeugen. Er hebt die Gemeinheit der Polizei an Hand verschiedener, von ihm selbst erlebter Vorfälle hervor.

Künstler fällt ihm mehrmals ins Wort und macht den Gast darauf aufmerksam, daß es zum Anstand gehört hätte, daß er sich als Ausländer erst auf dem SPD-Büro gemeldet hätte, bevor er sich Berlin ansah. (!) Er habe überall mit den Arbeitern gesprochen, die alle über das Verhalten der Polizei und ihres sozialdemokratischen Präsidiums empört gewesen seien. Die Katakomben seien die Folge der Koalitionspolitik! (Lebhafte Beifall.)

Beherens führt aus, daß man, wenn man die Demokratie für kurze Zeit außer Kraft setze, von den Kommunisten nicht verlassen könne, daß sie die Demokratie achten.

Warum sei es möglich, daß gleichzeitig in München der Stahlhelm Paraden abhalten und Arbeiter terrorisieren könne, während man den KAP im ganzen Reich verbiete?

Dieses System müsse bekämpft werden. Wo bleibe da die Demokratie?

3draubelmethode auch in der Leipziger Polizei

Daß die Polizei in Leipzig nicht besser sei, habe er selbst am 1. Mai erlebt. Als er abends durch die Eilenstraße nach Hause ging, habe er auf der anderen Seite der Straße eine Ansammlung von Menschen gesehen. Er sei auf der leeren Seite ruhig weitergegangen. Da habe ihn ein Polizist von weitem angebrüllt: „Wachen, laufen!“ und Wiene gemacht, um zu schlagen. Die VB habe in der Berichterstattung über den 1. Mai völlig versagt.

Ein weiterer Redner, dessen Name unverständlich blieb, verteidigte die Gewerkschaften und beschimpfte Raumann und Behrens. So sprächen Kommunisten, aber nicht Sozialdemokraten. (!) Raumann habe kommunistische Schriften zum Kampf in den eigenen Reihen verwendet.

Wir dürfen den Kommunisten selbst dann nicht recht geben, wenn sie recht haben. (Widerpruch.) In Berlin sammelt sich das Lumpenproletariat der ganzen Welt, sogar ein Chineseniertel sei jetzt dort eingerichtet worden. (!) Jörgiebel habe recht gehabt, sofort durchzugreifen. Faust auf Faust müsse man gegen die Kommunisten kämpfen.

Abwürgung der Diskussion

Obwohl sich noch eine ganze Anzahl Redner eingetragen hatten wurde daraufhin die Diskussion abgewürgt. Dagegen erhob sich lauter Widerspruch im Saal.

Mehr als 20 Teilnehmer verließen geschlossen zum Zeichen des Protestes die Sitzung, noch bevor Künstler das Wort zu seinem Schlusswort erhielt.

Künstlers Schlusswort

In seinem Schlusswort beschwerte sich Künstler darüber, daß er hier so wenig Anklang gefunden habe. Man glaube ihm anscheinend weniger, als dem Schlagjahn-Schmolz der liberalen bürgerlichen Blätter. Er sei doch am 2. Mai in Neukölln gewesen und nicht diese Schmolz. (Die Schmolz wurden aber erschossen. D. Red.) In einem Zwischenruf stellt Raumann fest, daß er niemals kommunistische Schriften verwendet habe. Künstler fährt fort, Jörgiebel zu verteidigen. Jörgiebel habe es viel schwerer in Berlin, als etwa Fleißner in Leipzig. (Dauernde Unterbrechungen im Saal. Der Vorsitzende erhebt, daß die gleiche Kameradschaftlichkeit an den Tag zu legen, wie in Magdeburg!) Künstler ruft schließlich erregt aus: „Wenn man in der Kritik so weit gehen will, dann hätte man ja Jörgiebel erschossen sollen. Der hätte auch besser geantwortet!“

Der holländische Genosse, der sich gegen die Angriffe Künstlers wehren wollte, bekommt nicht mehr das Wort, und die Versammlung wird unter allgemeiner Erregung geschlossen.

Auf die politische Bedeutung dieser Auseinandersetzungen kommen wir noch ausführlich zurück.

Der Totschlagsprozeß gegen den Tischler Meher

Eine haltlose Anklage

In Berlin begann vor dem Schwurgericht des Landgerichts III am Montag die Verhandlung gegen den Tischler Herbert Meher, der unter Anklage steht, am 9. Dezember 1928 im Verlaufe einer politischen Schlägerei den Jungdomann Schaffer erschossen zu haben. Es kamen seinerzeit während eines Demonstrationszuges des Roten Frontkämpferbundes durch die Provokationen von Jungdomann zu einer Schlägerei, in deren Verlauf der Jungdomann Schaffer erschossen wurde. Schon damals wurde der Verdacht geäußert, daß KAP-Leute wohl an der Schlägerei, nicht aber an der Missetat beteiligt gewesen waren, sondern daß von anderer Seite der tödliche Schlag erfolgt sei. Meher wurde wegen dieser Vorgänge verhaftet. Die Verhandlung ergab, daß die überwiegende Mehrzahl der Zeugen aus bestimmter Richtung erklärt, daß Meher nicht mit dem Manne identisch sei, der auf Schaffer eingeschossen habe. So erklärt ein Zeuge auf die Frage des Vorsitzenden, ob Meher der Täter sei: „Bestimmt nicht! Der Mann war magerer und hatte braunes Haar.“ Allein eine ältere Frau, die aber sehr schwankend und sich widersprechende Aussagen macht, und ein Zeuge Kollberg wollen mit „hemlicher“ Bestimmtheit den Täter erkennen.

Auch am 2. Verhandlungstage ergaben sich nur günstige Aussagen für Meher. Keiner der vernommenen Zeugen erkannte in ihm den Täter wieder. Uebereinstimmend dagegen wird von ihnen der Täter als ein unterfertigter Mann mittleren Alters, bekleidet mit einer Windjacke, geschleiert, der Mann sei unrasiert gewesen und mit wild flatterndem Haar durch seine drohenden Bewegungen schon vorher aufgefallen. Einer der anwesenden Zeugen will in dem gleichfalls anwesenden Zeugen Lehmann, einem Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, den Täter mit Bestimmtheit erkennen. Auch Meher sprach vorher schon die Vermutung aus, daß Lehmann, mit dem er stark verfeindet ist, ihn durch einen anonymen Brief unter Nachahmung seiner Handschrift dem Gericht denunziert haben könne.

Am Dienstagnachmittag werden die Sachverständigen ihr Gutachten über einen Brief abgeben. Es handelt sich um den Brief, der dem Gericht anonym Meher als den angeführten Täter denunzierte. Es war behauptet worden, daß Meher diesen Brief allein geschrieben habe, was er jedoch sehr energisch bestritt.

Das bisherige Ergebnis der Verhandlung zeigt, auf wie

Oesterreichische Heimwehr rüstet zum Massenmarsch

Gasgranaten und Nebelbomben die Hauptwaffen

(Eig. Drahtbericht) Wien, 19. Juni.

Die Arbeiter-Zeitung veröffentlicht Dokumente, Briefe und Protokolle von Sitzungen der Heimwehrleitungen, in denen festgestellt wird, daß die Regierung Seipel bereits 1927 den Heimwehren Geld und Waffen verschafft hat. Unter den im Kampfe gegen die Arbeiterkassen zur Anwendung zu bringenden Waffen befinden sich auch Gasgranaten. Unter Billigung der damaligen Seipel-Regierung wurden Übungen in Giftgaskrieg abgehalten. Eine solche Übung kostete tausend Schilling. In einem Protokoll der Oesterreichischen Heimwehrverbände vom Oktober 1927 wird erklärt, es sei gelungen, eine Zusammenarbeit mit der Regierung Seipel anzubahnen. Die großzügige Finanzierung durch die Banken, die Industrie und die Großgrundbesitzer werde über die Regierung gemeinsam erfolgen. In dieser Sitzung wurde ein General vorgelegt, den das Heeresministerium als Verbindungsoffizier zwischen den Heimwehren und dem Ministerium delegiert hatte. In einer Sitzung der Industrieverbände, in der auch die Großbanken vertreten waren und der Leitung der Heimwehren wurden 55.000 Schilling sofort und 4000 Schilling pro Monat bewilligt. In einem Briefe des Stabschefs der Heimwehren vom August 1928 wird festgestellt,

daß der Aufmarsch der Heimwehren in Wiener-Kulturn unter allen Umständen stattfinden soll, was nicht nur ein Waffenmarsch der Heimwehren, sondern auch der Regierung Seipel sei.

Grzeinski reorganisiert die Bürgerkriegsarmee

Berlin, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Nach einem Beschluß des Preussischen Landtages vom 5. Februar sollte der sozialdemokratische Polizeiminister Grzeinski im Landtag eine Aufstellung über die Veränderungen der Polizeicorps, der Schutzpolizei, Landjägerei und Kriminalpolizei vorlegen, damit die jetzige Organisation zum Abschluß gebracht werden kann. Grzeinski antwortet jetzt darauf, daß es ihm weiteres unmöglich sei, nähere Angaben zu machen, da die den nächsten Jahren erfolgenden organisatorischen Maßnahmen noch nicht vollständig überblicken lassen. Die Endorganisation der Polizei lasse sich noch nicht übersehen. Die Verbände blieben noch auf einige Jahre in Fluss.

Das preussische Polizeiministerium wird mit seiner Bürgerkriegsarmee, genannt Schutzpolizei, niemals zu einem organisatorischen Abschluß kommen. Lautend werden entsprechende Stand der Modernisierung der Kriegstechnik auch bei der Bürgerkriegsarmee entsprechende Veränderungen vorgenommen. Die preussische Polizei stellt wirklich eine militärische Organisation insbesondere zur Niederhaltung der Arbeiter dar.

Revolutionäre Kampffront der Berliner Großbetriebe

Berlin, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Am 18. Juni 1929 fand in den Sophienböden eine Groß-Berliner Betriebsrätekonferenz statt, die von den Arbeiterräten einer Reihe Berliner Großbetriebe einberufen war und zu den politischen und organisatorischen Aufgaben der revolutionären Betriebsräte Stellung nahm.

Die gut besuchte Konferenz wählte sich einen Betriebsräteauschuss von 15 Personen, der beauftragt wurde, in kürzester Zeit alle revolutionären Betriebsräte von Groß-Berlin zu registrieren, sie nach Industriegruppen zusammenzufassen und Komitees der einzelnen Industriegruppen wählen zu lassen. Das Betriebsrätekomitee soll weiter Richtlinien für die Finanzierung eines zentralen Betriebsrätesekretariats und Vorschläge für die Bildung eines revolutionären Vertrauensmännerkörpers in den Betrieben herausgeben. Gleichzeitig wurde das Betriebsrätekomitee beauftragt, Kurse einzurichten für die neu gewählten Betriebsräte.

Der Beschluß der Groß-Berliner Betriebsrätekonferenz, eine Kampffront aller Betriebsräte zu schließen, die Wahl eines ständigen revolutionären Betriebsräteauschusses, die Abhaltung von Kursen muß von der Arbeiterschaft aufs freudigste begrüßt werden. Die kommenden Wirtschaftskämpfe erfordern eine starke Front der Arbeiter gegen den Reformismus. Auch in Ostschlesien ist es jetzt schon die Vorbereitungen zur Durchführung zwischenparteilicher Lohnregelungen zu treffen, und es muß auch hier zur Abhaltung einer Betriebsrätekonferenz geschritten und die Wahl eines Betriebsräteauschusses vorgenommen werden.

Polizeibrutalitäten und Arbeiterverhaftungen in Königsberg

Königsberg, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Als Protest gegen die Auflösung einer Versammlung der KAP-Betriebszelle der Schiffer und Hafenarbeiter durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Tiege am Sonntag und gegen die fortgesetzten willkürlichen Verhaftungen von Jungkommunisten veranstaltete die kommunistische Partei gestern abend eine große Kundgebung und Demonstration, gegen die die Polizei mit äußerster Brutalität und dauernden Provokationen vorging. Die Polizei löste Teile des Demonstrationszuges auf, weil einige Arbeiter KAP-sympathische Kleidung trugen und verhafteten über 40 Arbeiter. Sie wurden zum Polizeipräsidium gebracht und sind bis zur Stunde noch nicht wieder freigelassen. Zahlreiche Arbeiter demonstrierten, um weitere Provokationen zu vermeiden, in Hemdbärmeln und blohem Oberkörper Auf dem Marktplatz, wo die Kundgebung stattfand, unternahm die entmenschte Polizei des Sozialdemokraten Tiege eine wüste Gummiknüppelattacke. Verirrte Polizei wurde eingesetzt, die

mit blanker Waffe in die Menge einbrach. Zahlreiche weitere Verhaftungen wurden vorgenommen. Viele Arbeiter wurden verletzt. Auch nach der Auflösung der Demonstration setzte die Polizei ihre Provokationen fort. Als die kommunistische Fraktion in der gerade tagenden Stadtratsversammlung einen Dringlichkeitsantrag einbrachte, der sich gegen das brutale Vorgehen der Polizei wandte, wurde dieser Antrag mit den Stimmen der SPD abgelehnt. Die Kommunisten verließen darauf demonstrativ den Sitzungssaal mit dem Rufe: „Es kommt der Tag, da wir uns rächen!“ Die Partei hat heute eine neue Protestkundgebung gegen das brutale Vorgehen der Polizei einberufen. Die Erregung der Arbeiterschaft über die Polizei-brutalitäten ist ungeheuer.

Frau Hoffmann-Gwinner, Berlin, aus der Partei ausgetreten

Die Berliner Stadtverordnete, Frau Hoffmann-Gwinner, hat der Partei mitgeteilt, daß sie aus der KAP persönlich ausgetreten wegen ausbleiben. Aus denselben Gründen hat sie auch ihr Stadtverordnetenmandat niedergelegt. In ihrem Brief an das IK der Partei weist sie ausdrücklich darauf hin, daß kein anderer Anlaß vorliegt, so daß die Kombination der SPD-Bresse, Frau Hoffmann-Gwinner sei wegen der Missetat aus der KAP ausgetreten, nur einen Scheinabstand über die üblichen Diskreditierungsformulare gegen die Kommunisten stellt.

Hoffmann selbst wurde vor einigen Tagen wegen ihres unentschiedenen Verhaltens gegenüber den Angriffen der sozialdemokratischen Spalter im Bundesvorstand des Arbeiter-Bundes gegen die Berliner oppositionelle Leitung dieser Organisation von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg aus der KAP ausgeschlossen.

Misshandlung beim Deutschen Sängerbund

Wir berichteten gestern, daß der seit herige ehrenamtliche Schahmeister des Deutschen Sängerbundes, der frühere Reichslehrer Johannes Redin Misshandlungen in den letzten Jahren begangen hat. Die vorgenommene Nachprüfung der Kasse ergab einen Fehlbetrag von circa 750.000 Mark. Unverständlich ist, wie von den Revisoren dieses Bundes eine derartige Unterschlagung nicht bemerkt wurde. Es zeugt von den Zuständen wie sie in den bürgerlichen Organisationen herrschen, denn es dies nicht der einzige Fall. Wir erinnern nur an die Korruptionsgeschichte beim Dresdner Deutschen Sängerbund. Trotz der 1/2-Millionen-Unterschlagung, trotz der Korruptionen werden bürgerlichen Organisationen von der Regierung und den Kommunen unterstützt, während man den Arbeiterorganisationen jeden Zuschuß fernhält. Es ist dringend notwendig, daß Arbeiterkassen volle Aufklärung erhält und daß sie für die Aenderung der Verhältnisse auch auf diesem Gebiet sich mehr als bisher einsetzt.

Vom Tage

Schweres Eisenbahnunglück in Ostlandern

9 Tote, 27 Verletzte

II. Braßel, 19. Juni. Infolge eines Erdbebens entgleit am Mittwoch früh die Lokomotive eines Eisenbahnzuges Moerbele in der Nähe von Grammont (Ostlandern) und lief sich quer über die Schienen. Wenige Augenblicke später kam entgegengesetzter Richtung ein Zug der Arbeiter aus Gent, fohrderte und fuhr auf die Trümmer auf. Die Wirkung war verheerend. Mehrere Wagen wurden zerstört.

Wieder ein Kraftwagenunglück auf schranklosem Bahnübergang

II. Appenrade. Der Kraftwagen des Tabakfabrikanten Schmalfeld aus Aarhus, in dem sich außer dem Reisenden dessen Frau befand, wurde am Bahnübergang bei der Station Ris auf der Strecke Appenrade-Roskilde von einem entgegenkommenden Zug überfahren. Die beiden Insassen wurden schwer verletzt. Der Bahnübergang bei Ris ist unübersichtlich und hat keine Schranken.

Drei Todesopfer eines Eisenbahnunglücks

II. Kattowik. Im Bereich des Eisenbahnstreckens Radom fuhr ein Güterzug auf ein totes Gleis. Die Maschine und 8 Wagen entgleiteten. Drei Beamte, die sich im Radom befanden, wurden getötet und zwei weitere schwer verletzt.

Der D-Zug Köln-Altona entgleit.

II. Münster. Am Mittwoch entgleiten auf der Strecke Köln-Altona die fünf letzten Personenwagen des D-Zuges Köln-Altona. Fünf Reisende wurden verletzt.

Ueberschwemmung durch starke Regenfälle in Hinterindien

II. Vondon, 19. Juni. Wie aus Silchar in der Provinz Assam in Hinterindien berichtet wird, sind im ganzen Gebiet durch die anhaltenden Regenfälle große Vermehrungen anrichtet worden. Hunderte von Personen werden als vermisst gemeldet; 90 Prozent des Viehbestandes wurden vernichtet. Die Hälfte der Häuser in dem Bezirk ist durch Regenwasser eingestürzt worden. Die Stadt Silchar selbst steht bis auf einen kleinen Teil unter Wasser. 15.000 Personen haben in anderen

Referat des Gen. Merker auf dem 12. Parteitag der KPD

über „Wirtschaftskämpfe und revolutionäre Gewerkschaftspolitik“ (Schluß)

Tarifverträge und Schlichtungswesen

Bei der Auslösung des Wirtschaftskampfes durch die Gewerkschaftsopposition wird immer wieder die Frage des Tarifvertrages und der „Tarifstreik“ zu lösen sein. Die Tarifverträge in den Händen der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie sind zu einer reaktionären Einrichtung geworden. In der Regel kommen die Verträge in den letzten Jahren durch die Schlichtungsinstanzen oder angehts eines bevorstehenden Schlichtungsbeschlusses zustande. Die Verträge werden auf Jahre hinaus abgeschlossen, bei der reformistischen Praxis der strikten Durchführung der „Tarifverträge“ bedeutet das die ununterbrochene Entfaltung des Reallohnens. Es steht vor der revolutionären Opposition die Aufgabe, das Monopol der Gewerkschaftsbürokratie, die Verträge über die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse abzuschließen, zu sprengen. Nur die von den Massen in den Betrieben demokratisch gewählten Vertreter haben das Recht zum Abschluß von Verträgen mit Zustimmung der hinter ihnen stehenden Arbeiter.

Die Anwendung unserer Strategie und Taktik erfordert gleichzeitig rücksichtslose Sabotage der Schlichtungsinstanzen. Die Schlichtungsinstanzen sind Werkzeuge der Bourgeoisie und der Gewerkschaftsbürokratie, um die Arbeitermassen zu betriegen und zu unterdrücken. Die Rechten und Versöhler wenden sich gegen die Auffassung, daß das Schlichtungswesen von den Massen sabotiert und zerfallen werden muß. Wenn wir auch keine sogena. „Wirtschaftspolitik“ gegenüber den Schlichtungsinstanzen betreiben und unter bestimmten Bedingungen an den Verhandlungen teilnehmen, um das ganze System vor den Massen zu entlarven, so muß jedoch darüber vollständige Klarheit herrschen, daß eine solche Beteiligung nicht die Regel, sondern einzelne Ausnahmen sein dürfen.

„Der UGBB. muß“

Welches sind die Methoden zur Organisation und Auslösung eines Wirtschaftskampfes? Wir haben in der Vergangenheit die taktischen Grundzüge benutzt, die sich in den Sätzen: „Der UGBB. muß den Kampf organisieren“ und „Zwingt die reformistischen Führer zum Kampf“, ausdrücken. Diese Grundzüge, die lange Zeit von der Partei angewandt wurden, waren nicht geeignet, die Massen über die Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsbürokratie unter den Massen zu zerstreuen. Das um so mehr, als die revolutionäre Opposition den Massen keinen konkreten Weg zeigte, wie es möglich ist, daß die Arbeiterklasse auch gegen die Sabotage des reaktionären Gewerkschaftsapparates ihre Kämpfe führt. Die selbständige Organisation eines Streiks, die Eroberung der Führung einer im Gange befindlichen Bewegung durch die revolutionäre Opposition ist nur möglich bei vollständiger Zerschlagung jeder Illusion, daß die versöhnlichen Gewerkschaftsführer die Bewegung zum Nutzen der Arbeiter führen werden.

Die Vorbereitung einer Bewegung muß ihren Ausgang im Betriebe nehmen. Die Belegschaft des Betriebes, in Großbetrieben der einzelnen Betriebsabteilungen, müssen zu ihrer Lage Stellung nehmen und die Forderungen aufstellen.

In diesem Stadium der Vorbereitung kommt es darauf an, die Arbeit der revolutionären Opposition in den Betrieben mit ihrer Tätigkeit in den Gewerkschaftsorganisationen zu kombinieren.

Einerseits ist es Aufgabe der Opposition, die in den Betrieben in der Entwicklung begriffenen Bewegungen zu verbinden, den Kontakt zwischen den einzelnen Betrieben herzustellen und für das gesamte Kampfgebiet den vorbereitenden Ausschuß zu bilden. Dasselbe kommt in Frage, wenn es sich um eine Bewegung in einem Riesenbetriebe handelt, die aus den einzelnen Betriebsabteilungen herauswächst.

Andererseits muß die Opposition alle Kräfte der oppositionellen organisierten Arbeiter mobilisieren zu einem einheitlichen und geschlossenen Auftreten in den Verbandsveranstaltungen, um dort die Mehrheit für die Beschlüsse der Betriebsbelegschaften im Kampfe mit der Bürokratie herbeizuführen.

Die Opposition in den Gewerkschaftsversammlungen

Das Auftreten in den Verbandsveranstaltungen wird verschiedentlich sein, wenn es sich darum handelt, eine Tarifbewegung, die von der Gewerkschaftsbürokratie unter dem Druck der Massen eingeleitet wurde, zu einem Streik zu steigern, oder wenn es sich darum handelt, eine Lohnbewegung, die unter Führung der revolutionären Opposition durch die Belegschaften vorbereitet wird, unter den Massen der organisierten Arbeiter zu popularisieren und der Sabotage der Bürokratie durch Beschlüsse von Gewerkschaftsversammlungen entgegenzuwirken. Im ersten Falle wird es der revolutionären Opposition um so besser möglich sein, die Arbeiter zur Ablehnung des Schlichtungsbeschlusses und zum Eintritt in den Streik zu gewinnen, wenn es gelingt, große Teile der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch Beschlüsse in der Gewerkschaft in einen erkennbaren Gegensatz

zur Gewerkschaftsbürokratie zu bringen. Jede formale „Einheit“ in diesem Falle, wie sie zum Beispiel in Berlin in einer Versammlung der UGBB-Betriebe durch das ungenügende Auftreten der revolutionären Opposition zustande kam, ist eine Schädigung der Bewegung. Dort, wo die Gewerkschaftsbürokratie durch Scheinradikale Anträge versucht, die Arbeiter zu verwirren, müssen die Vertreter der revolutionären Opposition um so rücksichtsloser, entschlossener und klarer auftreten, um dieses Manöver zu durchkreuzen. Es darf kein Unterschied sein im Auftreten der oppositionellen Arbeiter im Betrieb und im Gewerkschaftsverband.

Im anderen Falle, wenn die Bewegung von der Gewerkschaftsopposition in den Betrieben organisiert wird, handelt es sich in erster Linie darum, die Verbandsveranstaltungen als Tribüne zu benutzen, um zu den Massen zu sprechen, ihre Mobilisierung zu fördern, die versöhnliche Rolle der Bürokratie und ihres Anhangs zu enthüllen. Auch in solchen Fällen ist es notwendig, geeignete Anträge zur Beteiligung der Organisation an der Bewegung zu stellen, um eine Entschloßung unter den Funktionären des Verbandes oder unter den in der Versammlung anwesenden Mitgliedern herbeizuführen.

Die Führung des Wirtschaftskampfes

Die Partei konnte auf dem Gebiete der Herausbildung revolutionärer Organe zur Führung der Arbeiterkämpfe in den letzten Jahren große Erfahrungen sammeln. In den vorgelegten Parteitagsthesen sind die revolutionären Organe ausgezeichnet. Das sind die Kampfleitungen, Delegiertenkonferenzen, Betriebsräte und Vertrauensleute. Das sind die Instrumente zur Mobilisierung der Arbeitermassen und zur Führung der Wirtschaftskämpfe. Die revolutionäre Opposition muß in erster Linie erreichen, daß jeder Kampf durch die von den Massen selbst gewählten Kampfleitungen geführt wird. Deshalb ist es notwendig, in jeder Bewegung die Frage der Wahl von Kampfleitungen aufzurollen und diese Wahl durchzuführen. Dabei ist es gleichgültig, ob die Gewerkschaftsbürokratie ihrerseits versucht, Streikleitungen diktatorisch zu bestimmen, oder überhaupt die Leitung für sich selbst beansprucht.

Materielle Unterstützung im Wirtschaftskampfe

In dieser Frage bestehen ebenfalls Differenzen mit den Rechten und Versöhnern. Die Rechten erklären, daß die Wahl von Kampfleitungen nur unter Leitung der Gewerkschaften zulässig ist. Das entspricht ihrer Auffassung, daß man das Monopol der Gewerkschaften zur Führung der ökonomischen Bewegungen nicht brechen dürfe. Die Versöhler sind für Kampfleitungen, aber sie erklären, daß ihre Wahl erst dann zulässig ist, wenn die revolutionäre Opposition über den entscheidenden Einfluß unter den organisierten Arbeitern, die sich im Kampfe befinden, verfügt. Beide Gruppen lehnten deshalb im Ruhrkampf und in anderen Kämpfen das Vorgehen der Partei ab, die sich bei der Wahl von Kampfleitungen auf die breiten Schichten der Arbeiter, unorganisierten wie organisierten, stützte, sie in Bewegung brachte. Es gelang der Partei in verschiedenen Kämpfen, die Wahl zahlreicher Kampfleitungen durchzuführen, die Abwägung der Bewegungen durch die Gewerkschaftsbürokratie wiederholt zu verhindern und eine breite Unterstützungssaktion zu organisieren. In dieser Tätigkeit fand die revolutionäre Opposition in der KPD eine große Unterstützung.

Der Hamburger Werftarbeiterstreik, der Ruhrkampf, die Münchener-Gladbacher Textilarbeiterausperrung, der Hennisdorfer Metallarbeiterstreik und andere Bewegungen stellten das Problem der materiellen Unterstützung unorganisierter Arbeitermassen zur Erhaltung ihrer Kampfbereitschaft auf die Tagesordnung. Die Methoden, die in den Bewegungen von der revolutionären Opposition zur Sicherung der materiellen Unterstützung für die Kämpfenden angewandt wurden, haben sich als außerordentlich massenmobilisierend und wirksam erwiesen. Es gelang, die Kommunen und den Staat zur Herausgabe von Unterstützungen durch den Massendruck zu erzwängen. Daran ändert auch nichts, wenn auf dem SPD-Parteitag die sozialdemokratischen Minister die Unterstützung der Ruhr-Metallarbeiter aus staatlichen Mitteln als ihre besondere Verdienstleistung hinstellten. Die Arbeiter wissen, daß sich diese Kapitalneugier bis zum letzten Moment gewandelt haben, solche Unterstützungen zu zahlen, daß sie gegen solche Unterstützungen sind. Der berühmte UGBB.-Schußzeitschrift des in einem Artikel im „Gewerkschafts-Archiv“ 1929, betitelt: „Die Lehren des Ruhrkampfes“ auch offen aus:

„In diesem Kleinstkampf haben die Unorganisierten durch die Unterstützung der organisierten Kollegen und der ihnen nahestehenden politischen Parteien einen Erfolg zu verzeichnen gehabt und zwar dadurch, daß sie, o Ironie der Geschicklichkeit, sozialer Lage wegen erhalten haben. Wenn das aber ein Präzedenzfall werden sollte, wäre den Gewerkschaften damit nicht gedient. Die sozialistischen Ranken müssen

nämlich, daß auch Streikunterstützung aus öffentlichen Mitteln gefordert und gezahlt werden müßte. Damit würde dann der Einheitsfront der Unorganisierten unter Führung der KPD, die finanzielle Unterlage gegeben.“

Zahlreich sind die Fälle, wo die Gewerkschaftsbürokratie kommunistische Stadtwahlordnungen aus den Verbänden ausschloß, weil sie Anträge stellten auf Unterstützung kämpfender Arbeiter durch die Kommune.

Betriebsräte und Vertrauensleute

Vom Vollzugsbüro der KPD ist eine kleine Broschüre herausgegeben worden mit dem Titel: „Streiktaktik und Streikstrategie“. Die Broschüre enthält den Beschluß der Straßburger Konferenz der KPD, die genaue Anweisungen über die Organisation und die Funktion im Wirtschaftskampfe der verschiedenen revolutionären Organe enthält.

Die revolutionären Betriebsräte sind geeignet, die Massenmobilisierung wirksam zu fördern. Sie haben die Aufgabe, die täglichen Interessen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer wirksam zu vertreten. Die Betriebsräte können jedoch nicht die Kampfleitungen ersetzen. Die großen Erfolge, die die Partei bei den letzten Betriebsrätemahlen gehabt hat, haben vor der gesamten Partei eine ganze Menge Betriebsrätefragen aufgeworfen. Wir haben darüber mehreremale geschrieben. Was ich hier betonen will, ist die Notwendigkeit der Schaffung der revolutionären Betriebsräte für ihre Aufgaben im ökonomischen und politischen Kampf. Außerdem muß allen Erstes die Frage des Zusammenschlusses der Betriebsräte gestellt und gelöst werden.

Einige Worte in diesem Zusammenhange zu unserer Taktik bei den Betriebsräteahlen. Es ist bekannt, daß uns die Rechten und Versöhler beschuldigen, wir liquidieren den kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften, weil wir die Aufstellung revolutionärer Einheitslisten für solche Fälle propagieren, wo die reformistische Bürokratie sich weigert, die Aufstellung der freigewerkschaftlichen Betriebsratsvorschlüsse in den Belegschaftsversammlungen vorzunehmen. Nach den Erfolgen, die wir bei der Anwendung dieser Taktik erzielt, ist die Ablehnung in der Partei gegen die Aufstellung selbständiger Listen vermindert worden. Trotzdem ist es notwendig, ganz eindeutig festzustellen, daß ein Verzicht auf selbständige Listen, unter den oben aufgeführten Bedingungen, einen Verzicht auf die Durchführung der Linie des 4. KPD-Kongresses und des 6. Weltkongresses bedeutet.

Die revolutionären Betriebsräte müssen den Apparat der revolutionären Vertrauensleute in den Betrieben schaffen. Keine Betriebsabteilung darf in Zukunft ohne revolutionären Vertrauensmann sein. In diesen Abteilungen, wo bereits gewerkschaftliche Vertrauensleute bestehen, führt die revolutionäre Opposition den Kampf zur Beseitigung der Reformisten aus dem Vertrauensmännerkörper. Werden jedoch sogenannte Vertrauensleute von der Gewerkschaftsleitung diktatorisch bestimmt, so organisiert die revolutionäre Opposition die Wahl revolutionärer Vertrauensleute trotz des Vorhandenseins der Beauftragten der Gewerkschaftsbürokratie. Zur Finanzierung der Tätigkeit der revolutionären Vertrauensleute wird die Einführung von sogenannten Sechserklassen eine immer größere Bedeutung erlangen. Es ist zu empfehlen, aus der Versammlung der revolutionären Vertrauensleute heraus einige Obleute zu wählen und die Einführung einer Sechserklasse, die von den Obleuten verwaltet wird, zu beschließen.

Erscheinungen, die zu überwinden sind

Die gesamte Tätigkeit der Massenmobilisierung und der Herausbildung einer revolutionären Führung der Arbeiterkämpfe leidet im Betriebe die zuständige Betriebszelle und in größerem Rahmen die zuständige Parteileitung. Die Partei wird aber zur Lösung dieser großen Aufgabe nur fähig sein, wenn sie ihren Kampf gegen die gewerkschaftslegalistischen opportunistischen Tendenzen in den eigenen Reihen konsequent weiterführt. Die wichtigsten Erscheinungen, die es zu überwinden gilt, sind:

1. Die Unterdrückung der ankommenden revolutionären Entwicklung (Unterdrückung der historischen Bedeutung des Auftretens der revolutionären Opposition im Ruhrkampf, der Taktik bei den Betriebsrätemahlen und der Proteststreikbewegung gegen den Polizeistreik).

2. Ueberhöhung der Macht der sozialimperialistischen Gewerkschaftsbürokratie, Unterdrückung der eigenen revolutionären Kräfte, Unterdrückung der Rolle der Partei, Gewerkschaftslegalistische Einstellung, Tendenz auf Erhaltung der formalen Gewerkschaftseinheit unter Verzicht auf die Tätigkeit in den Verbänden, Illusionen über die „Möglichkeit“, Teile der sozialimperialistischen Gewerkschaftsbürokratie für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen.

3. Unterdrückung des revolutionären Charakters der unorganisierten Arbeiter, ungenügender Kampf gegen die Ausschluß- und Spaltungsmassnahmen, Zurückweichen vor den Angriffen der Reformisten usw.

4. Die hier und dort auftretenden Tendenzen zum Austritt aus den Gewerkschaften, um den schwierigen Kampf mit der sozialimperialistischen Bürokratie in den Verbänden durch die unmittelbare Bildung neuer Organisationen zu umgehen.

5. Ungenügende Erkenntnis der entscheidenden Bedeutung der vorbereitenden Kampfmaßnahmen, Kampfleitungen, Streikleitungen, revolutionären Betriebsdelegierten und Vertrauensleuten, Unterdrückung der großen Möglichkeiten für die Tätigkeit der revolutionären Betriebsräte zur Mobilisierung der Massen.

6. Ungenügende und zu späte Vorbereitung der Arbeiterkämpfe.

Wie muß der Kampf gegen Ausschüsse und Spaltungen geführt werden?

Das Ziel der Gewerkschaftsbürokratie bei der Durchführung ihrer Ausschluß- und Spaltungsmassnahmen ist, die führenden oppositionellen Arbeiter von den Massen der Gewerkschaftsmitglieder zu isolieren. Die Aufgabe der revolutionären Opposition ist, diese Manöver der Gewerkschaftsbürokratie durch die umfassende Massenmobilisierung in Verbindung mit ihrer Tätigkeit zur Organisation und Führung der Wirtschaftskämpfe zu durchkreuzen. Die Gewerkschaftsopposition darf keine Positionen in den Gewerkschaften kampflos preisgeben. Es werden notgedrungen hier und da ausgeschlossene oppositionelle Zählstellen und Branchen selbständig erklären müssen. Diese Organisationen sind keineswegs die Grundlage unserer Arbeit, sondern Nebenprodukte des Kampfes der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Es gibt Genossen, die die Bedeutung der Ausschluß- und Spaltungsmassnahmen der Reformisten überschätzen und die Gründung neuer revolutionärer Gewerkschaften fordern. Die Gründung neuer paralleler Gewerkschaften in der jetzigen Zeit wäre nicht ein vorwärtschreitender, sondern ein hemmender Faktor in der Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes.

Wie werden sich die Verhältnisse in der Zukunft entwickeln? Je mehr die breitesten Schichten der Arbeiter durch die revolutionäre Tätigkeit der Partei erfasst und beeinflusst werden, in dem Maße, wie das Selbstbewußtsein der Massen wächst, ihre Kampferfahrungen gesammelt und sie für ein selbständiges Auftreten im ökonomischen und politischen Kampf befähigt werden, im selben Verhältnis vollzieht sich die Zersetzung des sozialimperialistischen Gewerkschaftsapparates von den Massen. Die Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kommt Schritt für Schritt ihrem Ziel näher, die Massen für den Klassenkampf zu gewinnen und sie dem Einfluß der versöhnlichen Gewerkschaftsbürokratie zu entziehen. Gleichzeitig wird die Gewerkschaftsbürokratie zu immer offeneren sozialfaschistischen Methoden ihres Kampfes gegen die proletarischen Massen gezwungen.

Im Verlaufe dieses Prozesses wird die sozialimperialistische Bürokratie ihre Ausschlußmassnahmen forscher und freier. Dort, wo es gelingt, sie von ihren Funktionen in den örtlichen Organisationen zu vertreiben, wird sie versuchen diese revolutionären Teile der Gewerkschaften zu geräteln.

Wir befinden uns in vollständiger Ueberstimmung mit dem Genossen Stalin der in der Sitzung des Präsidiums der Ekstern im 14. September 1928 ausführt:

„Wenn die reformistische Führung mit dem Kapitalismus verhandelt, kann man da behaupten, daß der Kampf der von der Kommunistischen Partei geführten Arbeiterklasse ohne ein gewisses Sprengen des bestehenden reformistischen Gewerkschaftsrahmens abgehen kann? Es ist klar, daß man derartiges nicht behaupten kann, ohne einem Opportunismus zu verfallen. Vollkommen denkbar wäre daher eine solche Situation, in der es notwendig werden kann, parallele Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu schaffen, entgegen dem Willen der sich an die Kapitalisten verlaufenden Bonzen. Eine solche Situation haben wir bereits in Amerika. Es ist durchaus möglich, daß auch in Deutschland die Entwicklung in dieser Richtung vorwärtsgeht.“

Wir fürchten die Entwicklung nicht, sondern die Politik des 4. KPD-Kongresses, des 6. Weltkongresses durchzuführen. Die Lehren des Splitter, oder die hier und dort an Zusammenhang mit diesen Spaltungen an Z. entscheidenden Verbände sind Begleiter des Kampfes der revolutionären Opposition die Gewerkschaftsbürokratie und noch Grundzüge einer allgemeinen einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

Wir dürfen nicht vergessen, daß in Deutschland Arbeitergewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von mehr als 6 1/2 Millionen vorhanden sind.

Die Partei heilt deshalb nicht die Lösung der Gründung neuer Gewerkschaften, sondern die alte leninistische Lösung auf: Eroberung der Massenmassen, Kampf zur revolutionären Umwandlung der Gewerkschaftsverbände zu einer einheitlichen Klassenbewegung, organisiert nach den bestehenden Industrien und geleitet im Sinne des revolutionären Kampfes (Stimmlicher Beifall.)

Agitprop-Konferenz

am Sonntag, dem 23. Juni 9 Uhr im Bürgergarten, Rößtau, Lübecker Tagesordnung: Der 1. August und die Aufgaben der Agitproparbeiter / Revom 38 / Teilnehmern müssen alle Agitproparbeiter der Unterbezirke, Stadt Arbeitsgebiete und Zellen, Betriebszeitungsredakteure und Arbeiterkorrespondenten

Hinter der Verbotstafel...

Zwischen dem überkropften schmalen und glatten Band der Colassträhe und dem breiten grünen Roggenfeld, dessen grüne Halme im leichten Winde hin- und her schwanken, liegt im heißen Sonnenschein glühend der Sportplatz, auf dem sich in den zeitigen Nachmittagsstunden die Kinder einer Volksschulklasse sammeln. Es ist heiß und der Lehrer, der angezogen mit einem grauen Anzug, weißen Kragen, Schlips und Hut, am Rande der grasbewachsenen mit Sandstreifen durchzogenen Spielfläche steht, müht sich durch laute Kommandos, seine Schar in Ordnung zu halten. Das will ihm schlecht gelingen. Jeder Passant, der vorüberkommt, sieht, wie schlecht die Figur dieser hier herumstehende Mann im guten Anzug am Rande der Grünfläche neben den Kindern abgibt, die sich im Geviert des Spielplatzes mit Ballwerfen, Fußball, Schlagball und in einer kleinen Kauererei von der Enge und Bedrücktheit ihres Zuhause zu erholen suchen. Wer könnte sich auch, wenn er in geübter Entfernung von dem härtigen Lehrer steht, oder folgt, sich ernsthaft mit dessen drohenden Blicken oder der schnarrenden Kommandostimme beschäftigen? Daran denkt keiner. Und das erscheint angebracht, denn mit sich und ihren Spielen beschäftigten proletarischen Kindern, angeht das schreiende und schweigende Lehrers jedem verständlich, der hier den schreienden Gegensatz zwischen Kind und Erzieher erlebt. Ebenso heiß, wie der grüne viereckige Stamm der weißen Verbotstafel, die „Unbefugten“ das Betreten des kindlichen Spielplatzes verbietet, ebenso Autorität suchend steht der Lehrer vom alten Schrot und Korn, mit dem rechten Zeigefinger zwischen Stehfragen und schweigendem Hals bobrend, da. Er heischt ebenso Beachtung seiner Forderungen wie jene Verbotstafel Beachtung der mit dem Ratsempel unterzeichneten Auffchrift. Man sollte beides, beziehungsvoll die Verbotstafel als auch befehlswütige alte Lehrer in die Ecke zu stellen beginnen. An diesem herrlichen Sommertage, im hellen Sonnenlicht, wird erst offenbar, wie schlecht sie sich beide ausnehmen. ... Wilm.

Das Schicksal der Alten

Ein Opfer der Konkurrenz der modernen großen Warenhäuser wurde Frau Kollmeyer, die in Dresden-Leuben auf der Bismarck Landstraße ein kleines Papierwarengeschäft besaß. Sie hatte daselbst als Erbe übernommen und hatte gedacht, ihren Lebensabend mit den Einkünften daraus beschließen zu können. Das Geschäft ging jedoch schlecht und sie wollte es verkaufen und hatte dazu auch die Möglichkeit gehabt, wenn nicht der Hauswart dabei hindernd im Wege gestanden hätte. Es bestand ein Konflikt, nachdem der Laden nicht verkauft werden durfte, mußte sie denn das Geschäft weiterbetreiben, wenn es auch kaum ging. Kürzlich hatte Frau K. einen Wechsel eingeworfen. Sie war dazu nicht in der Lage. Jemandem Hilfe zu von seiner Seite zu erwarten. Eine 80-jährige, alleinige Frau. In der Nacht vom vergangenen Sonntag zum Morgen hat sie sich nun mit Gas vergiftet.

„Schulfeier“ am Verfassungstag

Das Ministerium für Volksbildung teilt mit, daß für die des kommenden 10. Verfassungstages in den Schulen demnächst eine Anordnung ergehen werden und es macht schon auf den in der Reichszentrale für Heimatdienst immergestellten Vorbildervortrag aufmerksam, der „in besonderer Weise“ geeignet ist, als anschaulicher Mittelpunkt für die Schulfeier in den Schulen zu dienen. Mit nationalpolitischen Vorträgen, Lügen und Geschichtsfälschung die Kinder der ausgebeuteten Proletariat am 10. Verfassungstag über die elende Lage der arbeitenden Klasse hinwegtäuscht werden! Das ist der Sinn dieses Hinweises des Ministeriums für Volksbildung. Reaktion ist immer noch Trumpf, so bis sie der Arbeiter zum Teufel jagt.

Achtung, kommunistische Elternräte! Alle kommunistischen Elternräte und Repräsentanten haben morgen, Freitag, den 1. Juni 1930, um 10 Uhr zu einer wichtigen Sitzung im Büro der internationalen Arbeiterhilfe am Poppi zu erscheinen. Wichtigste Tagesordnung.

Ein Alkoholiker als Erzieher — im Stadtkinderheim Marienhof

Direktor Pieß als Personalspitzler treibt immer giftigere Blüten. Sind es oft verachtete Existenzen, durchgefallene, verjüngte Studenten, oder sind es protegierte Pfaffenlieblinge, Deutsche Turner, Militärvereiner, die der „Pädagoge“ Pieß auf die Kinder losläßt, so ist es diesmal ein Alkoholiker. Herr Großhupp, amtswahrscheinlicher Lehrer — entlassen, weil er jost. Die Rückwirkungen, vor allem auf die Kinder und den Schulunterricht, sind die denkbar ungünstigsten infolge der eingeschränkten Nüchternheit des Herrn Großhupp.

Das hindert Direktor Pieß nicht, Großhupp als Knabenlehrer Jungens zu lassen. Warum hindert es ihn nicht? Jede erzieherische Erwägung, jede Rücksicht auf die Kinder außer acht lassend, kommt es Pieß lediglich auf willkürliches Personal an. Großhupp ist es. Er muß es. Seiner Existenz beraubt, seines Berufs entbunden, will sich Großhupp materiell wie moralisch wieder rehabilitieren. Er ist Pieß ausgeliefert. Pieß jögert nicht, die Situation zu nutzen. Seine Macht, seinen Willen unbarbarisch durchzusetzen. Im Marienhof hat nur einer eine Meinung und Recht zu haben — Herr Pieß. Zu welchem leidenschaftlichen Auswüchsen und Einseitigkeiten das führt, ist leicht zu erkennen. Degradierung, Entwürdigung

und Mundstomatitis der Erzieherin auf der anderen Seite, läßt die ersten Gefahren und Fehler in der Zukunft aller Stunden und erkennen. Großhupp's Eignung ist durch den vielen Alkoholgenuss zerstört. Gemüthsstärke, Ausdauer, Erregbarkeit, sind an Stelle von festen Nerven, Selbstbeherrschung und Ueberwindung, Wärme und Güte getreten. Seine erzieherischen Behelfe sind im Ernstfalle die Androhung oder Verabreichung von „Pfeffer“ (Prügel). Er mußte wiederholt gerügt werden. In seiner Hilfs- und Ausweglosigkeit ist er einem wüsten Autoritätssymbol verfallen. „Hände an die Seiten“, „Gerien zusammen“, „Stell dich gerade hin“ sind seine gebräuchlichen „Erziehungsmethoden“. Er stößt auf den Protest und Widerstand der Kinder. Es ergibt sich die bezeichnende Situation, daß die Kinder Großhupp „erziehen“, statt er die Kinder. Daß Großhupp eine Existenz sucht, leben will, begreifen wir. Aber er soll seine Hände von den Kindern lassen.

Daß die Verwaltung des Stadtkinderheims Alkoholiker als Erzieher einstellt, ist ein Skandal. Um so mehr, als der betreffende schon einmal entlassen werden mußte und ein zweitesmal eingestellt worden ist.

Arbeiterkorrespondenz 915.

Kraftwagenunfälle vor Gericht

Gerade ältere Leute, die die Entwicklung der Technik vom Anfang an mit erlebt haben, können sich schwer in die neuen Verhältnisse eingewöhnen. Sie bilden sich ein, daß sie noch in der „guten“ alten Zeit leben, in der die Verkehrsstraßen noch von den Geschwulstigen der Menschheit und alten Pferden beherrscht wurden. Eine Rücksichtnahme auf den modernen Verkehr wollen sie auf keinen Fall gelten lassen. Geschieht ein Unglück, dann schreien sie Jeter und Mordio, schimpfen auf Chauffeure und Radfahrer, die ganz allein schuldig seien. Doch es rücksichtslos Autofahrer gibt ist selbstverständlich. Diese Sorte rekrutiert sich, wie wir wissen, aber zu 99 Prozent aus Herrenfahrern, die nichts weiter zu verlieren haben, während diejenigen, denen das Autofahren Beruf ist, vorzüglich fahren, da sie somit gewärtig sein müssen, daß ihnen der Führerschein entzogen wird und sie dadurch brotlos gemacht werden. Berufskraftfahrer stehen ständig mit einem Bein im Gefängnis. Zwei Verhandlungen vor dem Schöffengericht zeigten wieder einmal sehr deutlich, wie „gericht“ geurteilt wird.

Ein Taxichauffeur stand wegen jahrlängiger Föhung vor den Richtern. In der Zeit der größten Kälte, bei der die Straßen eine einzige Eisbahn darstellten, fuhr der Angeklagte

mit seinem Wagen auf der Holtenauerstraße im normalen, in der Stadt vorgeschriebenen Tempo. Plötzlich kam ein alter Mann über die Straße. Trotz sofortigen starken Bremsens und Herumrensens des Steuerers konnte der Chauffeur das Unglück nicht verhindern. Der alte Mann wurde getreift, zu Boden geworfen und überfahren. Durch das starke Bremsen aus der Bahn geschleudert, kam der Wagen auf der glatten Straße ins Rutschen und überannte ein Kraftdreirad, um erst dann zum Stehen zu kommen. Der alte Mann war tot. 10 Zeugen sagten sehr günstig für den Chauffeur aus. Der Alte wurde als ein richtiger Autofreund geschildert, der des öfteren gefragt hat, daß er über die Straße gehe, wenn es ihm passe und daß die Autos eben zu warten hätten bis er über die Straße sei. Außerdem soll er schwerhörig gewesen sein. Ein Abzeichen oder eine Begleitperson hat er nicht bei sich gehabt. Hupensignale sind von dem Chauffeur genügend gegeben worden. Nach all diesen Zeugenaussagen stand einwandfrei fest, daß der alte Mann an seinem Tode die größte Schuld selbst hat. Alles erwartete nun einen Freispruch. Doch das Gericht sprach den Angeklagten schuldig und verurteilte ihn zu 2 Monaten Gefängnis, Kopfstrafe und empört verließen seine Kollegen den Zuhörerraum.

Gleich anschließend, wurde wegen des gleichen Tötung gegen einen Herrn Schneider aus Freital verhandelt. Am 25. Mai d. J. fuhr der Angeklagte gegen 1 Uhr mit seinem Motorrad von Dresden kommend im Plauenischen Grund einen 70-jährigen Mann an, der dadurch den Tod fand. Wer die Beleuchtung auf dieser Staatsstraße kennt, kann ersehen, welche guten Augen dazu gehören um die Finsternis zu durchdringen. Schneiders DAB-Rad, welches dazu noch mit zwei Mann beladen war, und an dieser Stelle etwas herum fahren mußte, fuhr mit einer Geschwindigkeit von ungefähr 30 Kilometer. Beide Fahrer stürzten und zogen sich dabei schwere Verletzungen zu. Aus diesem Grunde hatte sich Sch. noch wegen jahrlängiger Körperverletzung zu verantworten. Auch hier sagten die Zeugen aus, daß der alte Mann ziemlich unachtsam über die Straße ging. Das Zwielicht und der Umstand, daß der Berufskiller einen hellen Anzug trug, machte ihn schlecht sichtbar. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis, wobei er ausführte, daß der Angeklagte unbedingt hätte den Menschen sehen müssen. Auch hier warf das Gericht 2 Monate aus. Scheinbar die Tage für die Sühne dieser Art von Unfällen.

Genosse Paul Weisheit

Auf seiner Arbeitsstelle verstarb Genosse Paul Weisheit plötzlich an Herzschlag. Gen. Weisheit gehört der Partei seit ihrer Gründung an, ebenso der Roten Hilfe. Ferner war er Mitbegründer des KPB Ortsgruppe Schönfeld, der er bis zu seinem Tode angehörte. Er war stets ein aktiver, treuer Funktionär. In der Arbeiterbewegung steht er seit seinen Jugendjahren.

Die Antwort an die Spalter im VfZuS

Gruppe Cotta: 200 Unterschriften!

Die Mitgliederversammlung der Gruppe Altstadt beschloß einstimmig, daß die zwei Ausschüsse, Schierack und Brömme, sprechen sollen zur Lage im Verband. Einstimmig wurde wiederum eine oppositionelle Leitung wiedergewählt. Eine Entschließung, die den Kampf der Opposition in Hagen und Thüringen begrüßt und die Gruppe ihre weitere Arbeit nur im Sinne der Opposition leisten und die Opposition unterstützen will, fand einstimmige Annahme. Der Vertreter des Bezirks muß einsehen, daß hier ein einheitlicher Block gegen den Reformismus vorhanden ist. Freidenker anderer Gruppen, leistet zähe Oppositionsarbeit zur Wiederherstellung der Spalter! Alles zur Unterschriftenleistung bis zum 25. 6.!

Dresdner Tageschronik

Heute Stadtverordnetenversammlung. Die Tagesordnung umfaßt 62 Punkte, darunter die Weiterberatung des Haushaltsplanes, sowie mehrere kommunistische Anträge.

Nachschlüssel- und Einbruchdiebstähle. Die Abwesenheit der Bewohner benutzend, sind im Laufe des 18. Juni 1929 unbefahrene Nachschlüssel die in eine Wohnung im Hause Arnstädterstraße 22 eingedrungen. Als Beute sind ihnen drei Herrenanzüge, eine goldene Herrenuhr und eine mit Brillanten besetzte Krawattennadel im Gesamtwerte von 1100 Mark in die Hände gefallen. Ein weiterer Wohnungseinbruch wurde in der Nacht zum 18. Juni 1929 im Grundstück Königsbrückerstraße 23 verübt. Der unbekannte Täter hatte bereits die Fensterheben des Balkons zerhackt, wurde aber in seinem weiteren Vorhaben durch den nach Hause kommenden Wohnungsinhaber gestört.

Wem gehört das Fahrrad? Im Verlaufe der kriminalpolizeilichen Erörterungen gegen einen selbigen 23 Jahre alten Fahrradliebhaber wurde festgestellt, daß dieser am 2. Pfingstfesttag 1929 ein Herrenfahrrad Nr. 102.082, von dem er die Markenbezeichnung entfernt hatte, in Grumbach bei Wildenburg verkauft hat. Das Rad ist sichergestellt. Angeblich will er sich das Rad von einem Unbekannten mit Vornamen Erich geliehen haben. Es ist aber mit Bestimmtheit anzunehmen, daß es dieses Rad ebenfalls gestohlen hat.

Herrenloses Fahrrad. Ein Herrenfahrrad „Raumant Germania“ wurde am 1. Juni in einem Grundstück auf der Wilden-Mann-Straße aufgefunden. Der Eigentümer kann sich merkmalig in der Zeit von 8 bis 14 Uhr im Polizeipräsidium, Zimmer 71a, melden.

Donnerstag den 20. Juni

Tageskalender der Dresdner Theater. Opernhaus: Die Bohème (19.30). — Schauspielhaus: Kavalen (Vollvorstellung) (19.30). — Alberttheater: Hufschinder (20). — Komödie: Der Frauenarzt (19.45). — Kleidermacher: Frühlingmädel (20). — Centraltheater: Jungfrau von Avalon (20).

Erich Melcher als „Freidenker“

Bei seiner Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Striesen auf referiert Gen. H. Schmitz-Pirna über „Schule und Erziehung“. In der Diskussion sprachen sozialdemokratische ihre Unwillen über den Konfordschacher und dessen liche Bedeutung durch den Magdeburger Parteitag aus. Stimmlose Genossen zeigten auf, daß die Stellung der „Linken“ nicht nur nicht eine Maßnahme gegen die reaktionäre Politik gewesen ist, die auf halbem Wege stehen blieb, sondern die „Defination“ des Konfordschachers durch die „Linken“ in der Dresdner Volkszeitung) praktisch Hilfen für die Konfordschacher durch die Braun und Co. bedeutet. Erich zeigte das die wirklichen Hintergründe der Ausschließung gegen die sich zur Freidenkeropposition bekennenden Gen. die dem Kurs der „Fraktion Konfordat“ im VfZuS gehen werden und den Kampf gegen das Konfordat und all Repräsentanten entschlossen führen, deshalb auch nicht vor den Ur des Freidenkertums in der SPD haltmachen. Erich, der seine durchaus unlenkliche Politik, die seinen Ur aus der SPD bewirkt, mit einer gewundenen, schwankenden Politik wettzumachen suchte, immer aber bei Abweichungen auf der Seite der reformistischen Perikäre bei der Diskussion zu den Ausschüssen Repräsentanten aus dem VfZuS, es müsse freilich gemein die gleiche Diktatur einer Führerclique auch in der SPD, Erich Melcher scheint dergleichen zu haben. Seine die von ihm in Mitgliederversammlungen, was Parteiarbeiterkonferenzen dargelegten, Behauptungen haben. Gerade die breite Mitgliedschaft hat seine Niederlage zu einer katastrophalen genaue Argumentation bei den Freidenkern ist Erich Melcher typische demagogische und e Verzicht, von seiner Politik des Zusammengehens Reformisten abzulenken. Dieser Verzicht ist gründlich

mühsam. Der von den Kommunisten geführten Freidenkeropposition wurde durch die einstimmige Annahme folgende Resolution ein glänzendes Vertrauensvotum (wenn auch einige Leute um Melcher nur aus Freigebigkeit dafür stimmten) ausgestellt.

Entschließung

Die am 17. Juni 1929 in der Doornblüthstraße tagende Mitgliederversammlung des VfZuS Ortsgruppe Striesen, protestiert auf das schärfste gegen den Ausschluß des Genossen Epperlein, der alten Unterbezirksvorsitzendenmitglieder sowie aller im Reichsmajstabe erfolgten Ausschüsse. Die Kulturreaktion marschiert. In Preußen ist das Konfordat mit Rom Tatsache geworden. Die evangelische Kirche wird folgen. Desgleichen die Ausdehnung auf das ganze Reich. Der Kampf gegen diese Kulturhande ist vom VfZuS nicht so geführt worden wie es notwendig war. Statt dessen sind große Summen angewendet worden für oben angeführte Ausschüsse. Die Mitglieder sind sich darüber klar, daß das eine Folge der reformistischen Koalitionspolitik mit dem Pfaffenstump ist. Das hat sich ausgewirkt auf die Leitung des Verbandes.

Die Mitglieder verlangen vom Vorstande und allen Leitungen des Verbandes, die schärfsten Kampfmaßnahmen einzuleiten gegen die Vorkämpfer der Pfaffen. Diese müssen bestehen in der Mobilisierung der Arbeitermassen, durch Verbreitung von Aufklärungsmaterial, Protestveranstaltungen und Demonstrationen, evtl. Volksentscheid. In diesem Kampfe ihren Mann zu stehen, verpflichten die Mitglieder. Hierzu ist aber notwendig, daß der Kurs im Verbande geändert wird. Wiederherstellung der Demokratie, Wiederaufnahme ausgeschlossener, alter bewährter Kämpfer und Ortsgruppen. Werbung für Eintritt in den Verband, Schaffung eines Aktionsprogramms. Hierfür einzutreten und zu kämpfen gelobt die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Striesen.

Und Gollmann sprach auf dem SPD-Parteitag:



Es erschüttert mich, wenn gefordert wird, alle Funktionäre müssten aus der Kirche austreten.“

25.000 religiöse Sozialisten und 100 Pfarrer, die Parteimitglied sind.“

Partei wie die Sozialdemokratie, die die ganze arbeitende Menschheit umfassen will, auch die Frau und den Bauern, die höchsten Respekt gegenüberstehen.“

Kirchbau. Mit welcher Leichtigkeit ein Pfarzer soziale Probleme löst, sei an Hand des folgenden Beispiels dargestellt.

Vor kurzer Zeit wurde einer Arbeiterfamilie der Ernährer durch den Tod entzogen. Die Frau hand lutz vor ihrer Niederkunft. Das die Lage einer Frau unter diesen Umständen keine rosige ist, wird jedem einleuchten. Anders der Herr Pfarzer. Nach der Beerdigung sprach er der Witwe „Trost“ in folgender Form zu: „Na, Sie werden sich wohl etwas geipart haben und müssen eben dann, wenn es (die Entbindung) vorbei ist, auf Arbeit gehen. Denn die Oesener verdienen doch ganz hübsches Geld.“ (Wir empfehlen dem Pfarzer, einmal als Dienstleister zu gehen, da kann er sich auch „etwas“ sparen. Man kann sich schwer vorstellen, wie diese Worte eine Frau trösten sollen. Aber... der Herr Pfarzer hat das Problem gelöst. Er verlangt also von einer Arbeiterfrau, daß sie, die zwei kleine Kinder hat, auf Arbeit geht. Was das bedeutet, kann er gar nicht ermessen. Ob er das seiner Frau auch zumutet? Bestimmt nicht. Da muß bei einem Kind schon ein Dienstmädchen sein. Aber so ist nun einmal diese verlogene Klasse, welche am Muttertag ein großes Tam-Tam anschlägt, wenn es aber darauf ankommt, die Mutter direkt verhöhnt.)

Die Arbeiterkassette aber muß daraus die Lehre ziehen. Brecht erdgütig mit der Kirche und unterstützt nicht durch eure Mitgliedschaft diese Parositen und Schandier. Heraus aus der Kirche!

Arbeiterkorrespondenz 906.

Hausbesitzermanieren

Köth. Wie man mit Kriegervitwen umgeht, zeigt folgender Fall: Am 1. März 1913 wurde dem Ehepaar Emmrich von Herrn J. Böhme, Naumburger Straße 99 eine Notwohnung zugewiesen. Wer man von Seiten der früheren Feinde mit diesen Leuten zufrieden, so ist es jetzt ganz anders unter dem Regime von Schloßenböhmern. Dieser Mann glaubte die alleinstehende Frau auf alle erdenkliche Art und Weise schikanieren zu können. So hängt man ihr die Wäsche ab, weil es Sonntag sei, (das Geschäft kann aber gehen) und wirft sie auf den Schuppen oder man stellt plötzlich das Wasser ab und erklärt, man soll das zusammengelaufene Wasser im Keller benutzen. Weiter verbietet man ihr jeglichen Besuch und verdächtigt ihre Kinder bei jedem Vorkommnisse. Ja es wird sogar verlangt, daß der Schornsteinleger durch ihre Küche zum Dachfenster hinausstiegen soll, was früher über den Schuppen erledigt wurde. Die Schlüssel ihrer Wohnung sollen da jedesmal an den Hauswirt übergeben werden, weil sie auf Arbeit geht. Für den Dreck der dadurch in der Wohnung entsteht, will dieser aultige Hauswirt vielleicht eine Scheuerfrau engagieren. Herr Böhme sollte anstatt seiner Schikanen lieber einmal in der Wohnung etwas machen lassen! So z. B. ist es ihm wiederholt gelangt worden, er soll einmal den Ofen vorrichten lassen, damit nicht immer die Stube voll Qualm ist. Sollten diese Feiten nicht helfen, so werden wir uns künftighin noch eingehender mit dieser Angelegenheit befassen. Den Behörden, beziehungsweise das Wohnungsamt von Köth möchten wir raten sich etwas mehr mit dieser Sache zu beschäftigen und Sorge zu tragen, diesen Mißständen abzuhelfen. (Arbeiterkorrespondenz Nr. 913.)

Dohna. Morgens Freitag, den 21. Juni, 20 Uhr, veranstaltete die Internationale Arbeiterhilfe im Gasthof Mühlental, Dohna, eine öffentliche Filmvorstellung. Zur Ausführung gelangt: „Das Dokument von Schanghai“. Ein Film, der die revolutionären Kämpfe der chinesischen Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter, behandelt. Weiterhin wird ein Spielfilm gezeigt, betitelt: „100 000 im Kampf“. Kampf der Ruhrkämpfer, Herbst 1928, gegen ihre Unterdrücker und das Eingreifen der WJH in diesem Kampf. Wahrnehmung ihrer Wohnung: „Die WJH als Propagandafolke des kämpfenden Proletariats. An die Arbeiterkassette von Dohna und Umgebung ergeht deshalb das Ersuchen, sich reiflich an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

Heidenau. Der Arbeiterjüngerbund Bezirk Pirna veranstaltet am 29. und 30. Juni in Heidenau sein Bezirksjüngertag. Da am Sonnabend den 29. Juni ein Teil auswärtige Vereine einreisen, benötigen wir noch eine Anzahl Quartiere, und deshalb bitten wir die Heidenauer Einwohner, denen es möglich ist, den Arbeiterjüngern und Sängerinnen von auswärts ein Nachtunterkommen zu gewähren, ihre Adressen an den Quartierauschuß Albert Graf, Heidenau-Süd, Dohnaer Straße 27, Hilma Fischer, Heidenau-Süd, Baugewerkschaft, Friedrichstraße 35, Max Leupold, Heidenau-Nord, Mühlentstraße 10, I, abgeben zu wollen.

Schandau. Beim Baden ertrunken. Der 26jährige Schiffsführer Grohmann aus Schandau, der am Sonntag mit seiner Braut eine Wanderung in die Sächsische Schweiz unternommen hatte, ist nachmittags beim Baden in Schandau ertrunken. Die Untersuchung ergab, daß dem jungen Manne beim Baden unwohl geworden ist und beim Erbrechen Speisereste in die Luftröhre geraten waren. Er wurde in ein tiefes Dreifloß gezogen und wenige Minuten darauf gehoben, doch kam jede Hilfe zu spät.

Nadibor. Der Tod im Wasser. Am Sonnabendabend ist in dem auf Nur Brodka gelegenen Teiche der 20jährige Dienstknecht Nicolaus Domaschke beim Baden infolge Verschlages ertrunken.

Die Rechten als Sprachrohr der Reformisten

Freitag. Bei den Auseinandersetzungen, die die Kommunistische Partei mit den rechten Liquidatoren führte und die schließlich dazu führten, die unüberzeugbaren Leute um Weidner, Schreier und Co. aus der revolutionären Partei auszuschließen, bildete eine weite Kreise in den Diskussionen die falsche Auffassung und Auslegung der Einheitsfronttaktik durch die Rechten und die ihr anhängenden Versöhler.

Das Gros der Mitglieder und Parteiarbeiter der Kommunistischen Partei sprach sich gegen die Art der Auslegung der Einheitsfronttaktik durch die Rechten aus, weil sie eine Einheitsfronttaktik mit den Spitzen der reformistischen Verbände darstellt und somit der Lösung der breiten Arbeitermassen von dem Einfluß der arbeiterverräterischen reformistischen Führer nicht dient, sondern die Arbeiter zu den Reformisten zurücktreibt.

Die Kommunistische Partei hat in der Zeit nach der innerparteilichen Auseinandersetzung in der Praxis bewiesen, daß ihre Auffassung die richtige ist, indem sie bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten, d. h. bei den Arbeitern, weitestgehende politische Erfolge erzielt. Politische Erfolge, die in der Periode des schärfsten Einflusses der Sozialdemokratie in die imperialistische Front gegen Sowjetrußland darin bestehen, weitestgehende Teile der Arbeiterklasse von dem Einfluß der chauvinistischen, panzerkreuzerbaurenden Sozialdemokratie gelöst zu haben. Der Weg, den die rechten Renegaten nach ihrem Ausschluss aus der KPD gegangen sind, beweist aufs treffendste, daß sie nach dem Bankrott ihrer Politik sich, wie wir voraussetzten, immer mehr an die reformistischen Führer und deren Politik des Arbeitererrats anschließen.

Im besonderen Maße kommt das in der Freidenkerbewegung zum Ausdruck.

Eine Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe des WJH zeigte, daß J. B. Erich Weidner sich in seiner „praktischen Arbeit“ in nichts von den Leuten unterscheidet, die mit Disziplinarmassnahmen die Mehrheit der Verbandsmittelglieder verewaltigen und dem Kurs der Sozialdemokratischen Partei gefolgt zu machen suchen. Es ist bezeichnend, daß Erich Weidner als Referent von demselben Bezirksvorstand verwendet wird, der gegen

Hast du dich schon eingetragen zum Volksentscheid im Freidenkerverband?

Jedes Mitglied des Verbandes für Freidenkertum und Freidenkerbestattung erfüllt seine Pflicht als Klassenbewußter Freidenker und zeichne sich ein auf den Visten der Opposition zum Kampf gegen die sozialdemokratischen Kontordatspolitiker und Verbandsspalter, zum Kampf gegen die zusammengeschobene Frankfurter Generalversammlung, zur Wiederherstellung der proletarischen Demokratie, der Rechte der Mitglieder und der Beitragsberechtigung.

Ortsgruppen, die noch keine Unterschriftenlisten haben, müssen die Visten sofort anfordern vom Arbeitsausschuß der Freidenkeropposition im Auftrag D. Köhn, Berlin N., Kolonnenstraße 71.

andere oppositionelle Genossen mit dem Mittel des Ausschlusses arbeitet und jede oppositionelle Politik in den Gruppen, jede Forderung zum Kampf gegen das Kontordat zu erledigen sucht. Obwohl Weidner hier in Freitag auch im allgemeinen die Spaltungsarbeit „ermahnte“, unterließ er es ganz bewußt, aufzuzeigen, welche Hintergründe die Spaltungstätigkeit durch die Reformisten bestimmen. Er sprach sich für eine „gelunde Opposition“ aus und erklärte, die Opposition müsse eine kulturpolitische sein, aber keine organisatorische. Er schmit auch die Spaltung im Unterbezirk Hagen an, wo 15000 Mitglieder hinter der entzweiigten Freidenkeropposition stehen und in dem die SPD, die nach der Spaltung einen eigenen Laden aufmachte, nur 3000 Mitglieder hinter sich brachte.

Während Weidner noch auf der Frankfurter Generalversammlung einen verhältnismäßig scharfen Ton gegen die Reformisten fand, „vergaß“ er hier, darauf hinzuweisen, daß die Spaltung in Hagen das Werk der Reformisten ist.

Weiter forderte er, den 1. Mai nicht zum Feiertag, sondern zum Kampftag zu machen. Wieder „vergaß“ er dabei zu erwähnen, daß das Blättchen seiner „Partei“ gerade nach dem 1. Mai den Sozialdemokraten um Jörgelbeil eine schändliche Hilfsleistung geleistet hat, indem sie die Taktik der Kommunistischen Partei und ihren grundsätzlichen Kampf um das Recht der Arbeiter auf Maidemonstrationen in einer wüsten Art angriff und verwarf. In der Diskussion legte Genosse Künzelmann die Stellung der Kommunisten zu den Fragen des Kulturkampfes dar. Er stellte die Schöpfung in der Kontordatsfrage und das Zusammenarbeiten zwischen Sozialdemokraten und Schwarzkäuten auf. Auch an örtlichen Fragen z. B. an der Mißbilligung für die Innere Mission, für eine Diakonisse, durch die SPD, wies er nach, daß diese Politik des Zusammenarbeitens mit kirchlichen Organisationen bis tief in die Reihen der SPD-Funktionäre hinein zu verzeichnen ist. Eine ganze Anzahl weiterer Redner prangerte ebenfalls den sozialdemokratischen Kon-

fordatschacher scharf an. Zugleich wurde festgestellt, daß in Freitag, wo die Sozialdemokraten den ausschlaggebenden Einfluß in der Stadtverwaltung haben, in kürzester Zeit die städtische Totenbestattung beilegt werden soll.

Es ist beabsichtigt, Armenbegräbnisse einzuheben. Kostenlose Totenbestattung ist „Luzus“. Der sozialdemokratische Finanzdegrementen diesem „Luzus“ auf.

Selbstverständlich waren diese Zeitstellungen, in denen auch jene die Freidenkerbewegung schädigende Aufforderung der SPD erwähnt wurde, bei der Reichspräsidentenwahl für den Zentrumspaffen Marx zu stimmen, den Sozialdemokraten sehr unangenehm. Und wiederum war es bezeichnend, daß der Sozialdemokrat Köhler erst ein Loblied Weidners sang, schließlich jagte, das schwarz-rot-goldene Kontordat sei ihm höchst unangenehm, es sei aber eine politische Frage, die in der SPD und nicht in der Mitgliederversammlungen der Freidenker diskutiert werden müßte. (III) Auch der Sozialdemokrat Thiemann erklärte das selbe, nachdem er ebenfalls Weidners „vorzügliche Ausführungen“ gelobt hatte. Ein besonderes Demagogentstück leistete sich der SPD-Lehrer Kungsh, indem er erklärte, die SPD kämpfe doch gegen das Kontordat. (IV) Die Opposition habe auf dem Parteitag in Magdeburg gegen das Kontordat gestimmt. In Gegenjah dazu stellte unter Genosse Künzelmann fest, daß die preußische sozialdemokratische Kontordatsglieder und Minister Braun alle Maßnahmen getroffen hat, die bei der Durchbringung des Kontordats notwendig waren. Sollmann, der katholische Sozialist hat ebenfalls mit seinen religiös gefärbten Reden starken Beifall bei der Mehrheit des SPD-Parteitages gefunden.

Die lächerlichen „Visten“ aber sind auf diesem Parteitag schon dummdäuerig vor der Panzerkreuzer- und Kontordatspolitik zu Kreuze getroffen.

Es war nicht verwunderlich, daß hierauf, nach einer hekrede Paul Schleinig einen Antrag stellte, dem reformistischen Bezirks- und Hauptvorstand das Vertrauen auszusprechen. Auch der Berichtserhalter der Freitaler Volkszeitung Kase wärmte neben der Hege gegen die Opposition die alte Platte der Kuslanbede auf. Dem Genossen Seidler, der zu dem Vertrauensvotum sprechen will, wurde das Wort nicht erteilt. Weidners Schlusswort wurde dem Kontordatskurs der Sozialdemokratie und des von ihr beherrschten reformistischen Funktionärkörpers des Freidenkerverbandes nicht gefählich. Reformisten und Renegaten in einer Front. Trohdem zeugt es von der Stärke der Opposition, wenn in dieser Situation, in der Renegaten und Reformisten alle Anstrengungen machen, den bürgerlichen Kurs des Freidenkerhauptvorstandes zu verteidigen, von 108 Anmelenden 28 Genossen gegen das Vertrauensvotum stimmten, während sich 14 Genossen der Stimme enthielten.

Trotz Hilfsleistung der rechten Renegaten muß und wird es der Freidenkeropposition gelingen, die proletarischen Elemente in der Freidenkerbewegung von dem verderblichen Kurs der Sozialdemokraten in der Freidenkerfrage zu überzeugen und sie für den Kampf gegen das Kontordat, damit zum Kampf gegen die Reformisten und zum letzten Zusammenstoß in der Front des revolutionären, Klassenbewußten Proletariats zu bewegen.

Ein guter Vorstoß gegen den Pfaffenkurs in der Freidenkerbewegung, ist die z. B. laufende Unterschriftenammlung, die die Einberufung einer neuen Verbandsgeneralversammlung fordert und damit die Einleitung einer marxistischen Freidenkerbewegung gewährleistet.

Deshalb: Zeichnet Euch ein!

Das Absteigequartier für Gotteskinder

Eigentlich wollen sie ernste Bibelforscher sein, denn sie suchen „Gottes Wort“ mit dem Bezugsverweigerungsglas sogar noch zwischen den Zeilen der Bibel. Zu Pängeln hatten sie ein Stützungsstück in der Pfeilstadt, daß sie „Internationalen Bibelforscherkongress“ nannten. Dabei haben sie den Leipzigerern gezeigt, daß sie nicht nur ernst, sondern auch lustig sein können.

Schon ein Zweckerband für Gehirnverleitzung hat so fannatisch auch immer „eile Stifter“ aus kapitalistischen Kreisen. Auf deren Wohl haben die ernsten Forscher — vielleicht sogar auf deren Kosten — natürlich auch mal einen getrunken. Also: sie feierten lustig ein. Aber nicht im „Krug zum grünen Kranz“, sondern — im „Volkshaus“, im Leipziger „Arbeiterheim“. Die bot z. B. am schönen Pfingstsonnabend folgendes Bild:

Auf dem Hofe stand ein blumenbeträuztes Auto mit „Platzen“ behängt. Darauf stand: „Internationalen Vereinigung der Bibelforscher“. Ein anderes Bild zeigte das große Portrat des „bekanntesten Mannes der Welt“ Richter Rutherford und andere Persönlichkeiten. Um das Auto herum standen empörte „Volkshaus“-Gäste — Proletarier. So ging von Mund zu Mund: „Wenn das ein KZ-Auto wäre, würde es schon längst hinausgeworfen worden sein. Das ist ein Stalbau!“

Da kam der „Volkshaus“-Geschäftsführer „Fischer“ hinzu. Die Erregung hatte sich gesteigert. J. wandte sich mit der allschäuflichsten Miene an einen jungen Proleten: „Junger Mann, lerne Sie erst was!“ — Vielleicht wollte er sagen: „Lesen Sie erst mal die Bibel, wie diese da.“

Im Verlaufe dieser Auseinandersetzungen hatten sich etwa 100 Bibelforscher eingekunden. Diese griffen nun zu ein in die Debatte. Einer von ihnen sagte dabei: „Wir Bibelforscher sind wenigstens gegen die Kirche, aber 90 Prozent der Sozialdemokraten sind ja noch drin!“ Ein Arbeiter blieb ihm d. Antwort nicht schuldig: „Wir Proleten sind gegen jeden Gop. Ob ihr Bibelforscher denselben proklamiert oder irgendeine sri lische Kirche. Verlassen wollt ihr uns eben so wie die Pfaffen.“ Diese gute Einsicht war der „Erfolg“ der Bibelforscherwaganda im Leipziger „Volkshaus“. Die Leipziger Arbeiter nenn dieses von den Sozialdemokraten verwaltete Haus jetzt aber „Absteigequartier für Gotteskinder“.

Tagungen und Versammlungen der lustigen Bibelforscher in den Dresdner sozialdemokratischen Wirtschaftsunternemmen sind nichts Neues. Der obige Beitrag erschien uns wertvoll als Charakteristikum der politischen Haltung der Kontordat-SPD, abgedruckt zu werden.

Werbeabend der Arbeiterstimme

im Hotel „Wettinerhof“ in Vöbau, Bahnhofstraße, am Sonntagabend, dem 29. Juni 1929, 20 Uhr. Leitung des Kienfilmwerkes „Die Mutter“ von 7 Akte. Von der russischen Melodramom hergeleitet. das Eintrittspreis: 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf. Im Metropolitantheater, Gosthaus zum Unter in Grobgröb, am Mittwoch, dem 26. Juni, 20 Uhr.

AM KOPFHÖRE

Donnerstag, den 20. Juni 18.30: Konzert, 18: Ansprachen von Führerinnen des Bundes für Frauenstimmrecht und Staatsbürgerliche Frauenrecht anlässlich des Jubiläumsgottesdienstes in Berlin. 18.25: Wetterausgabe und Zeitangabe. 18.30: Zwei lustige Einakter: 1. Pranger. 22.05 Zeitangabe, Wetterausgabe, 22.15: Sportfunf. Anschließend: ...

Maßregelungen am Talsperrenbau Lehmühle

Eine schamlose Hege der Freitaler Volkszeitung

Der Verrat der reformistischen Führer des Baugewerksbundes bei dem Lohnkonflikt der Belegschaft des Talsperrenbaues Lehmühle zeitigt jetzt seine Folgen. Obwohl in den Verhandlungen abgemacht war, daß Maßregelungen Streikender nicht vorgenommen werden dürfen, geht die Leitung des Talsperrenbaues dazu über, die oppositionellen Bauarbeiter zu maßregeln. Wo man das nicht kann, wie bei den Betriebsräten, beruft man diese von ihrer bisherigen Arbeit ab und gibt ihnen eine schlecht bezahlte Arbeit. So wird ein oppositioneller Kollege gemacht, auf seinem Entlassungsschein aber geschrieben: „Als Freiluftbohrer nicht geeignet. Für andere Arbeit kein Bedarf.“ Seit her war dieser Arbeiter für diese Arbeit geeignet und ist der hier angeführte Grund eines der lächerlichen Unternehmermandate.

Die Freitaler Volkszeitung vom 18. Juni beschäftigt sich ebenfalls mit dem Kampf an der Talsperre Lehmühle. In lägenhafter Weise wird hier ein Bericht über die Vorgänge an der Talsperre veröffentlicht. Wir haben bereits in Nr. 138 der Arbeiterstimme einen ausführlichen, objektiven Bericht über den Kampf der Arbeiter des Talsperrenbaues veröffentlicht, auf den einzugehen die Volkszeitung nicht für notwendig hält. Zu was auch? Es kommt ihr ja nicht darauf an, die Lage der Arbeiter zu verbessern, die Arbeiter im Kampf zu unterstützen, sondern nur darauf, die kapitalistischen Betriebe vor „Erschütterungen“ zu bewahren. Eine große Demagogie ist es, wenn in dem Bericht der Volkszeitung folgendes geschrieben wird:

„So ist dieser Streikfall an der Talsperre Lehmühle geradezu wieder ein Musterbeispiel für die kommunistische Gewissenlosigkeit, die Arbeiter um Lohn und Brot bringen. Arbeiter, hütet euch vor diesen gewissenlosen Menschen! Kein Arbeiter ist heute mit den in Deutschland geltenden Tariflöhnen zufrieden. Sie müssen höher gehen werden! Aber das können nur die Gewerkschaften tun und keine ausländischen Seublinge, die sich erst

einmal um die Verhältnisse in ihrem eigenen Lande kümmern sollen.“

Deshalb: Klopft jenen Leuten mächtig auf die Finger, wenn sie um eure Günt bitten!“

Nicht ein Musterbeispiel für kommunistische Gewissenlosigkeit, sondern ein Musterbeispiel sozialdemokratischen Verrats bildet der Streik der Talsperrenarbeiter. Die Arbeiterkassette ist sich einig darin, daß ein entscheidender Kampf um höhere Löhne geführt werden muß. Doch überall da, wo die Arbeiterkassette in den Kampf trat, war es, wie bei der Talsperre, die reformistische Bürokratie, die den Arbeitern einen Dolchstoß in den Rücken versetzte und schändliche Kompromisse mit dem Unternehmertum abschloß. Jawohl, es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter jenen Leuten mächtig auf die Finger klopfen, die nur bei Wahlen um die Günt der Arbeiter buhlen, im übrigen aber die Vertreter der kapitalistischen Interessen und die Bekämpfer der Arbeiterinteressen sind. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie steht vollständig unter dem Lob der Müller, Hilferding, Wisloff, derjenigen, die jetzt die zweite Rate für den Panzerkreuzer bewilligt und neue 50 Millionen Waffenteuern dem Proletariat aufgebahrt haben. Verrat und Betrug am Proletariat, das ist die Politik der Sozialdemokraten und reformistischen Gewerkschaftsbürokraten. Die Tarnung und Kaputtakt haben es ja ganz klar ausgesprochen, daß für sie der Marxismus nicht mehr existiert, sondern nur noch die Erhaltung des kapitalistischen Staates und daß der heutige Staat ihr Staat ist.

Die Arbeiterkassette der Talsperre Lehmühle wird durch die jetzigen Vorgänge erkennen, daß der oppositionelle Redner Recht hatte und sie werden aus dem Verrat der Reformisten die einzige mögliche Lehre ziehen, die Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu stärken und die kommunistische Presse zu abonnieren.

Gewerkschaftliches

Dresdner Bauarbeiter gegen das Sofortprogramm

Eine gutbesuchte Belegschaftsversammlung des Kinnoneubaus in Dresden befahte sich mit dem Sofortprogramm, und nahm folgende Entschliessung an:

Die Belegschaft des Kinnoneubaus Dresden-Lößnitz, Poststrasse, steht in dem vom sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Bissell vorgelegten Sofortprogramm zur Veränderung der Erwerbslosenversicherung die Verwirklichung eines wesentlichen Teiles des Hauptplanes der Unternehmer.

Durch Beitragserhöhung, Streichung der Unterstützung der sogenannten Saisonarbeiter für einige Monate des Jahres und durch eine, wenn auch heute noch verschleierte, Wieder-einführung der Bedürftigkeitsprüfung wird der sozialreaktionäre Kurs der früheren Bürgerblockregierung fortgesetzt und verfestigt.

Die Belegschaft erkennt, dass gegen derartige Abbaumaßnahmen der Kampf der Arbeiterklasse energisch geführt werden muss. Jedes Nachgeben bedeutet Vermehrung des Profits der Unternehmer einseitig, und Vermehrung der Belohnung des Proletariats andererseits. Der Raubzug auf die Taschen der Arbeiter geschieht im Zusammenhang mit einer Verschärfung des politischen Unterdrückungsgebüdes, wie sie anlässlich des 1. Mai zum Ausdruck kam. In Verbindung damit steht die Erhöhung der Massensteuern und die Steigerung des Zollwunders. Durch alle diese Maßnahmen soll die Arbeiterklasse auf die Knie gezwungen werden.

Die Belegschaft des Kinnoneubaus fordert alle Kollegen des Baugewerbes auf, scharfsten gegen das Sofortprogramm und den Unternehmerraubzug Stellung zu nehmen und sich zu einer einheitlichen Kampffront zusammenzuschließen.

Arbeiterkorrespondenz 911

Unglaubliche Zustände bei der Bauhütte

Wenn ein Unternehmer mit Vorliebe väterlich gesinnte Arbeiter einstellt — und das tun die meisten! —, so kann er sich nicht wundern, dass die klassenbewussten Arbeiter ihn doppelt auf dem Zuge haben und diesen Leuten den Kampf ansagen. In Dresden gibt es ein „Arbeiterunternehmen“, und das ist die Bauhütte, auf der vorwiegend stramme Sozialdemokraten arbeiten. Dieser Tage kam ein Zimmerer nach Arbeit fragen. Er sollte aber erst in die SPD eintreten, dann könnte er Arbeit bekommen. Die klassenbewussten Bauarbeiter sind empört über derartige Zumutungen. Ein parteiloses Zimmerer, der als Delegierter tätig ist, sagte: „Nun ist es Schluss! So eine schmutzige Partei, nein, nie wieder SPD!“ Auch alle anderen sprachen sich ähnlich aus. Heftige Empörung löste auch die Einführung der Sozialdemokratie aus. Die Kameraden, die meistens reformistische Delegierte zum Verbandstag gewählt haben, sind der Meinung, dass man sie betrogen hat. Der Verband sei überhaupt keine Kampforganisation mehr, sondern nur noch ein Unterstützungsverein. So waren die Meinungen. Die Kameraden sehen die Gefahr. Sie merken, wo es hingehet, sie merken den Betrug der Reformisten. Jetzt müssen sie sich für die Opposition entscheiden. Das dieses bald geschieht, dafür müssen die oppositionellen Kameraden sorgen. Heran an die Arbeit! Der Boden ist gut.

Arbeiterkorrespondenz 899

Ausschlusspraxis im Tabakarbeiterverband

Reformistische Kräfte decken korrupte SPD-Funktionäre

Die Jahrestellenerwartung Dresden des TAB hatte für den 29. Mai zu einer allgemeinen Mitgliederversammlung eingeladen. Circa 30 Mitglieder waren aus dem Jahrestellensbereich Dresden erschienen. Daran mag man das gute organisatorische Geschick der Dresdner Verbandsführung erkennen. In dieser Versammlung sollte das Urteil über den der Gewerkschaftsopposition angehörenden Kollegen Feldmann, der auf Grund der Demoralisation des sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden Fischer von der Zigarettenfabrik Bulgaria auf die Straße geworfen worden war, gesprochen werden. Längst hatte man Feldmann von verschiedenen Seiten erklärt, dass er unbedingt ausgeschlossen werden würde. Warum das alles? Kollege Feldmann hatte sich gegen die Politik des Fischers gewehrt, insbesondere gegen die Drohung Fischers, er wolle ihn aus der Fabrik werfen lassen, wenn er sich nicht seiner Meinung füge. Kollege Feldmann unterwarf sich dem Diktaturgeleiten Fischers nicht, und Fischer brachte es tatsächlich fertig, den schwerwiegendsten Kollegen Feldmann drohend zu machen. Derlei Fischer, der Hunderte von Arbeitern mit der Drohung der Entlassung an ihren Arbeitsplatz zurücktrieb, wenn sie das wochenlange Schließen von Werkstücken verweigern, derselbe Arbeiter-schädling Fischer lieferte dem Verband solche Angaben, die es seinen reformistischen Machthabern ermöglichten, den Kollegen Feldmann aus dem Verband auszuschließen. Das vom Kollegen Feldmann gegen Fischer vorgebrachte wird scheinbar von der Verbandsführung nicht beachtet, weil diese an der unternehmerfreundlichen Politik Fischers nichts kritisieren kann, weil sie ihrerseits entspricht. SPD-Mitglieder im Betrieb äußern sich über die Arbeit des Kollegen Feldmann, die er nicht nur in der Bulgaria, sondern auch im Interesse der Arbeiter in anderen Betrieben geleistet hat, außerordentlich gut. Bei der Versammlung, die jetzt stattfindet und in der die Reformisten alles versuchen werden, den oppositionellen Kollegen aus dem Verbande auszuschließen, muß deshalb ein Sturm der Entrüstung die Pläne der reformistischen Machthaber zerschanden machen. Die letzte Versammlung war beschlußunfähig. Die kommende Versammlung aber muß durch einen Beschluß dem Kollegen Feldmann das Vertrauen aussprechen, im übrigen aber eine scharfe und deutliche Abgabe an die arbeiterverräterische Politik des Fischers sein. Wer die Politik dieses SPD-Funktionärs deckt, der ist objektiv gegen die Interessen der Zigarettenarbeiterklasse eingestellt. Mögen sich das die Herren, die über Feldmann den Stab zu brechen gedenken, genau merken.

Arbeiterkorrespondenz 916

Ein „netter“ Unternehmer

In Naundorf bei Freiberg betreibt der Großbauer, Herr Hugo Clausnitzer, auch einen Pflaster- und Schottersteinbruch. Herr Clausnitzer hat hinsichtlich der tariflichen und gesetzlichen Verpflichtungen seiner Arbeiterklasse gegenüber ganz eigenartige Ansichten.

Nach dem Tarifvertrag haben zum Beispiel Arbeiter, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund ohne eigenes Verschulden an der Arbeit verhindert sind, Anspruch auf eine Entschädigung von 2 Stunden pro Lohnwoche.

Ein Arbeiter, der kürzlich im Betriebe verunglückte, machte die Bezahlung dieser zwei Stunden auch geltend. Herr Clausnitzer denkt aber gar nicht daran, diese berechnete Forderung auch zu erfüllen. Die Brechmaschinen in einem modernen Schotterwerk arbeiten mit großer Staubentwicklung, deshalb ist eine Bestimmung im Tarifvertrag enthalten, wonach die an den Brechmaschinen arbeitenden Leute eine Staubzulage zum Stundenlohn zu erhalten haben. Auch deswegen gibt es mit Herrn Clausnitzer fortgesetzt Differenzen, und er versucht mit allen Mitteln, um die Bezahlung dieser Staubzulage herumzukommen. Einige besonders tüchtige Leute hatten einige Pfennige über den Tarifmindestlohn erhalten. Ohne ersichtlichen Grund und ohne jede Ankündigung hat er den betreffenden Arbeitern die überrarifliche Zulage abgezogen. Auch hierüber dürfte das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Am meisten scheint ihn aber zu ärgern, daß ein Betriebsrat besteht und dieser Betriebsrat auch versucht, seine Pflichten zu erfüllen. So oft der Betriebsratsvorsitzende bei Herrn Cl. vorstellig wird und Abstellung von irgendwelchen Mitteln fordert, ist Clausnitzers ständige Antwort:

„Quatschen Sie mich nur nicht mehr an, Junst schießen Sie raus!“

Er hat auch noch viele andere solche unerfährte Mißhandlungen auf Lager, mit denen er sich seinen Arbeitern gegenüber so weit als möglich lächerlich macht.

Wir raten Herrn Cl. sich einmal eine kleine Vorlesung über die tariflichen und gesetzlichen Verpflichtungen, die er den Arbeitern gegenüber zu beachten hat, halten zu lassen, denn sonst kann es ihm passieren, daß der Betrieb eines schönen Tages einmal aushaft, und zwar zu einer Zeit, die ihm nicht gerade liebend ist.

Ein „schwerer“ Verlust!

Baugen. Der Ortsausschuß des ADGB Baugens befahte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Ausscheiden des Arbeitersekretärs Buchholz, der nach Halle in eine andere Verbandsstelle übertritt. Die Gründe seines Fortziehens sind „persönliche Sachen“. Angeblich wünschte er sich einen größeren Wirkungsbereich. Die Arbeiterklasse Baugens kennt diese „persönlichen Angelegenheiten“ eines Buchholz und begreift daher keinen Weggang. Die SPD betrauert den Verlust, und allerlei Lobreden und Dankesagen ließ sie vom Stapel. Die Stelle eines anderen Arbeitersekretärs wurde sofort ausgeschrieben und der Bewerbungstermin bis zum 25. Juni festgesetzt. — Eine umfangreiche Aussprache fand über

die skandalösen Zustände bei der Baugener Ortsratsversammlung statt. Dasselbe werden nicht die Beschlüsse des Vorstandes innegehalten, sondern Direktor Steglich und der Vorsitzende Meier regieren als Diktatoren gegen die Mitgliedschaft. Ein nettes Verhältnis zwischen dem deutschnationalen Direktor und dem SPD-Vorsitzenden. Eine besondere Rolle spielt der Vertrauensarzt, der Kranke gesund schreibt und Operationsfähige nicht operieren läßt. Alles Sparmaßnahmen auf Kosten der Mitgliedschaft. Die Mitgliedschaft muß gegen diese Willkürmaßnahmen, die gegen die Versicherten angewandt werden, ankämpfen.

Arbeiterkorrespondenz 898

Begnadigt / Von Friedrich Wolf

Geschrieben von Ernst Engel, Berlin, Verlags-Charlottenburg

„In Riga hat der Arzt und Vepraforscher Sinter von dem lettlandischen Staatspräsidenten die Begnadigung eines zum Tode verurteilten Verbrechers erbeten und erhalten unter der Bedingung, daß sich der Begnadigte mit Vepra impfen läßt.“ (Zeitungsmeldung)

Der zum Tode verurteilte Verbrecher J. liegt auf der Brüstung einer Einzelzelle des Riganer Zuchthauses. Sein Gnadengesuch ist verworfen. Ungewissheit ist somit behoben. Einzig die Zweifel über Tag und Stunde der Hinrichtung sind noch wegzuräumen.

J. ist 24 Jahre, ein Baum im Saft. Keergesund. Er ärgert sich auf der Brüstung, stößt sich in einer Luftkappe ab, daß er auf den Beinen steht. Den schweren Schemel, mit dem er täglich hier läßt, hat man ihm genommen. Jetzt macht er seine Morgen-gymnastik: Schattenschritte und Marsch um die Zelle, drei Schritte längs, zwei Schritte quer. Im Schlusssprung setzt er von der Tür auf die Brüstung. Und liegt.

Eine halbe Stunde ruht er so in der grauen Halle und ver-finkt im Nichts der Zwecklosigkeit, eine Stunde, zwei Stunden ... was ist ihm die Zeit. Er ist ja schon gestrichen, radiert. — Da klirrt die Klappe an der Tür. Der Wärter Sabbit steht draußen. J. erkennt ihn am Schürzen der Strohpantinen und am gurgelndem Asthma. Mag er.

Doch jetzt öffnet sich die Tür; herein treten drei Menschen: Sabbit wie ein lahmender alter Teufel, dann der Inspektor mit äugendem Vogelgesicht. — J. ist von seiner Brüstung hoch-gesprungen und nimmt Stellung — und schließlich ein großer etwa 50-jähriger Herr mit einer ganzen Watsche von Bart wie ein Nilpferd und einer strahlenden Denkerstirn. Dieser väterliche alte Herr blättert unentwegt in einer Akte, lenkt ver-gleichende Blicke auf den Delinquenten und debattiert mit sich selbst in Kurzätzen wie: „Wird sich schon ergeben!“ oder „Neue Wege müssen beschritten werden!“

Es ist der namhafte Arzt und Vepraloge Uexküll.

Der Inspektor stellt mit einem Blick fest, daß der Schemel fehlt: „Haben Sie sich beruhigt?“ fragt er J.

„Jawohl, Herr Inspektor.“ reißt J. sich zusammen und freut sich seiner erregenden Disziplin.

„Sie wissen“, registriert der Inspektor, „Ihr Gnadengesuch ist abgelehnt. Sie werden mit Ihrem Tod Ihre Tat sühnen. Nun aber ist ein seltsamer Fall eingetreten, vielmehr er kann eintreten ...“ mit einem Cavallierblick sieht er auf J.s Hals-grübchen und dann schnell auf die Bartwoge Uexkülls.

Von da kommt's nun wie ein milder Donner: „Er wird eintreten, mein Freund!“ ruft Uexküll auf J. zu, „es besteht kein Zweifel, mein Sohn ... neue Wege müssen beschritten werden! Wir werden der Welt ein Beispiel von Opfermut und Menschlichkeit geben! Tod durch den Henker ... Barbarei! Einak des Lebens im Dienste der Forschung ... eine Pionier-tat! Es besteht kein Zweifel! Sie begreifen: Das Memelgebiet und die Randstaaten, einst ein Dorado seltener Hautkrankheiten, sind heute hygienisch dem Weltens nivelliert. Selbst die berühmten Veprageliebte Veltlands sind im Rückgang. Unser Vepraheilm, einst das Ziel zahlreicher Forscher des Kontinents, beherbergt heute nur noch 20 Kranke, meist ältere Fälle. Wir stehen nun vor der entscheidenden Frage: Ist die Vepra infolge Autoimmunisation der Bevölkerung im Aussterben, ist der „genius epidemicus“ noch aus im Schwinden, oder wirken unsere Quarantänemaßnahmen und hygienischen Maßnahmen hier causal? Eigenblutkultur oder Seife, das ist hier die Frage! Mit einem Wort: es gilt zu ermitteln, ob ein gesunder Mensch unserer Randstaaten heute lepraimmun ist, was ich jedoch ...“

„Die Regierung“, serviert der Inspektor, der sich übergeben fühlt, jetzt J. seinen offiziellen Auftrag, „die Regierung stellt nun im Interesse der Forschung Ihnen anheim, Ihr verfallenes Leben für die Menschheit in die Schanze zu schlagen, voll und ganz einzulassen ...“

„Werde ich anders hingerichtet?“ fragt J. bekommen.

Uexküll wird rot wie ein Kanarienvogel. „Anstun! Torheit! Grabe nicht, mein Freund! Das grade ist ja der Unterschied! Sie haben die freie Wahl! Sie können „nein!“ sagen! Sie können die Impfung mit Veprabazillen ablehnen, jene Impfung am Gesunden, die wir brauchen, um Licht in diese furchtbare Krankheit zu bringen! Der Tierverlust verlagert hier; wir brauchen Menschenblut, ich meine menschliches Blut, artnahes Blut! Können Sie da „nein“ sagen? Professor Pettenkofer trieb sich Cholerabazillen aufs Butterbrot und erkrankte nicht. Es ist möglich, daß auch Sie nicht erkranken. Der Staat stellt Ihnen im Interesse der Menschheit diese letzte außergewöhnliche Chance! Ich darf ohne Eitelkeit sagen, daß ich es war, der diese

Form der Begnadigung vor dem fihren Henkersbeil empfahl. Können Sie „nein“ sagen?“

Der Delinquent gleicht einem Ertrunkenen, mit dem man künstliche Wiederbelebungsversuche macht.

„Kaum glaubhaft, nicht wahr?“ dringt es väterlich aus den Tiefen des Bartes, „und doch ... hier der Erlaß! Und hier Ihre Einwilligungserklärung! Sie haben nur zu unterschreiben!“

J. hat unterschrieben.

Er ist wie aus dem Wasser gezogen. Wieder öffnet sich langsam die Welt. Dankbarkeit, Freude und leise Furcht tanzen um ihn einen Wirbel. Sabbit und die anderen Wärter betrachten ihn mit Achtung. Er ist ein kostbares Exemplar. Er befindet sich jetzt im halbhoften Bau, er hat dreimal täglich Hojausgang und beste Kost ... muß zu dem Versuch körperlich ganz in Form sein.

Endlich kommt der große Tag.

Er wird von Sabbit und einem zweiten bewaffneten Wärter in das Veprainstitut geführt. Wie wird er wieder herauskommen?

Professor Uexküll empfängt ihn mit Herzlichkeit. „Kur Mut, mein Freund! Wir werden ganz neue Wege gehen!“ Dann erfolgt die körperliche Untersuchung und die Blutentnahme. Zwischen der Ermittlung des Blutbildes und der eigentlichen Impfung hat J. in einem kleinen freundlichen Warterraum Platz zu nehmen.

Die Wärter patrouillieren im Gang.

J. schaut sich um. Zum erstenmal wieder in einem Zimmer mit richtigen Türen und Fenstern! Hinaus! Man wird ihn jagen.

Er kann nicht sehen. Nebenher hört er Stimmen. Instrumente klirren auf Glas, dünnes, klingendes Glas, ihn fröstelt. Sinnlos. Jetzt sieht er ein Lexikon ... J. Band „L-R“; was wollen diese andringlichen Goldlettern „L-R“ ... warum gerade L?

Gedanke!

Er lauscht, schaut um sich, greift den Band, stellt ihn wieder hin, hält den Atem, greift nochmals, blättert auf V ... V ... „Vepra“ ... richtig — da: „Man unterscheidet Knochenlepra und Kerpellepra ... unter Fieber und derben Hautschwellungen entstehen wulstige Bildungen, Geschwüre, brandiger Zerfall ... die Gesichtszüge sind nicht mehr zu erkennen, Hand- und Fuß-muskeln entarten, es kommt zu Abstoßungen einzelner Glieder (Strümpfel) ... die Krankheit führt nach etwa 10 Jahren zum Tode.“

J. legt erstarrt. Er kann nicht einmal zittern.

„Begnadigt!“ kriecht's ihm den Nacken hinauf, „zu Vepra begnadigt!“

Auf einmal ist er tagwag, kampfbereit wie vor dem Gewehr eines Gendarmen.

Das Lexikon steht im Spind. Er tritt auf den Gang. Sabbit und der junge Wärter mit dem Karabiner lehnen an der Treppe und debattieren über Wilna und Polen.

„Fertig!“ sagt J. und tritt zwischen sie.

Die beiden schauen ihn mit Ehrerbietung und Hummer-Graulen an. Dann geht's zu dem geschlossenen Wagen der Straf-anstalt. Während der Fahrt rücken die Wärter auf weitesten Abstand; sie spüren die Vepra schon unter der eigenen Haut. Schließlich fragt Sabbit: „Nun, sprich!“

„Nicht juckt's“, meint J. ruhig.

„Schmerzen?“ forscht der Junge mit dem Karabiner.

„Nähig. Die kommen erst“, wirft J. hin. „Wißt ihr, hätte ich's nochmal zu tun ... nie! Lieber aufs Schaffot!“ Und nun berichtet er den Besand des Lexikons, daß er schon Steifheit und Abgestorbensein der Glieder spüre, daß sein Gesicht ganz fest werde, sein Blut „aufsteig zu riechen beginne“ ... und das Schlimmste: jede Berührung ...“

Die beiden springen auf, der Karabiner schlägt gegen die Scheiben, sie wollen aus dem Wagen. Doch J. steht fest an der Tür, warnt sie vor Berührung, nimmt vom Sitz des alten Wärters den Mantel, befiehlt Drücker und Schlüssel, befiehlt 5 Minuten völliges Schweigen, da er ihnen sonst „die Hand geben werde“; dann öffnet er den Wagen, und wirft im Sprung den Schlag hinter sich ins Schloß.

Mittag in Riga.

J. verschwindet in Mantel und Mütze des Wärters in Menge. Man fahndet nach ihm.

Wenn J. wieder festgenommen ist, wird zu entscheiden ob er hingerichtet, oder gemäß seiner Willkürerklärung Vepra zu begnadigen ist, oder ob zuerst eine Bestrafung Fluchtversuchs zu erfolgen hat.



HELFE DEN WEBERN! Sammelt auf Listen DER IAH!

Verkehrslokal der Arbeiter
Zum Onkel Willy
 Rudolfstraße 13
 Kegelhahn Gartenzustand

Resi. Jandschiff Rumburg
 Täglich Konzert und Tanz

Gasthaus Alt-Zscheila
 empfiehlt sich zur freundlich. Einkehr
 Ang. Vereinszimmer noch frei.
 Max. Lutsch Meßen

Trinkt
Meißner Felsenkeller
 Cabine

Haarpflege
 für Damen und Herren sowie für langes
 Haar im Kinderhaarchnitt empfohlen
Kurt Seifert, Pirna, Schloßstr. 5
 Damen- und Herrensalon

Wegen Augen kann zu Stein
 stets wirst Du zufrieden sein
H. STEIN, Optiker
 P. rna, Breite Straße 31 / Tel. 133
 Leihrent sämtlicher Krankenkassen
 Mäßige Preise

Auto-Fahrschule Bieberstein
 Pirna: Dohnascher Platz 8
 Pirna Copitz: Röhrs Hotel

Fahrräder / Man ei Schläuche
 und sämtliches Ersatz und Zubehör
Rücklichter
 Sprechapparate / Schallplatten
 Nähmaschinen

Kaiserhof-Garagen
 Pirna, Gartenstraße 11 (Hofgebäude)

Tiegel
 mit Stiel, weiß emailliert, 20 cm
45,-

Bazar-Wanne
 rund, weiß emailliert, ca. 36 cm
95,-

Schüsseln
 weiß emailliert, 36 cm 75 A, 28 cm
45,-

Backenbestecke
 mit Solinger Klinge, 85 A,
75,-

Brotkästen
 lackiert, mod. Dekore, 3,45, 2,75,
1,95

Plättbretter
 gut gepolstert, 30 cm breit
2,75

Tortenplatten
 mit messingvernickeltem Rand,
 mod. Dekore, 30 cm Durchm., Stück
1,95

HERMANN TIEETZ
 in
Glas, Porzellan
 und
Wirtschaftsartikeln

Leistungsfähigkeit

DAS WAHRE ZEICHEN FÜR BILLIG UND GUT

Tafel-Service
 weiß Porzellan, 23teil. für 6 Pers.
14,50

Kaffee-Service
 Steilig, für 2 Personen
1,45

Kaffee-Service
 9teilig, für 6 Personen
3,50

Butterkühler
 mit Glaseinsatz, für 1/2 Pfund
50,-

Spelseteller
 Porzellan, tief oder flach,
 Weinlaubkante
48,-

Porzellan-Tasse
 mit Untertasse, Weinlaubkante
48,-

Satz Schüsseln
 6teilig, bunte Kante, Steingut
85,-

HERMANN TIEETZ
 Das Warenhaus am Postplatz

Turn- u. Sportverein Weisdhule 1886 e.V.
 Wieder beklagen wir den Verlust eines treuen, langjährigen Vereinsfunktionärs. An Kriegskleider versetzt unser Gattswart
Franz Börner
 Ihre selbstm. Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Juni nachmittags 5.30 Uhr im Krematorium statt. Gesamtbeteiligung ist Pflicht!

Schuhbesohlung
 Herren 4,80 Mark, Damen 3,80 Mark, nur bei
Großschuhreparatur Ago
 Pirna, Weissenhausstraße Nr. 14

Ein getroffen!!
Eine Portion Matjesheringe
 Qualität einzig, das Beste vom Besten, Stück 25 Pf., la neue kastoffeln, Pfund von 18 Pf. an, la neue saure Gurken usw. empf.
Joh. Alfred Otto
 Pirna, Gartenstraße 32
 5 Prozent Rabatt

Leibbinden v. 3,75 an
 Hüftformer von 1,90 an
 Brusthalter von 0,75 an
 siml. hyg. Frauenart. wie Spülkann., Spülapparate usw.
Grete Wemme, Pirna, Barbiergasse 18

Reisekoffer Lederwaren
Friedr. Leipzig
 Pirna, Jacobstraße 6

Steppdecken!
 Ewald Kluge, Pirna, Lange Straße 17

Wilhelm Baegge, Pirna
 empfiehlt besten
Zigarren / Tabake
Alle Lebensmittel

Sämtliche Möbel
 102 Zimmer u. einzeln, kaufen Sie preiswert bei der Firma
Hermann Proize, Tischlermeister
 Pirna, Breite Straße 4, kein Laden, Seitengebäude
 Besichtigung ohne Kaufzwang einwillig

Das Fahrgeid hier Dresden
 können Sie sich sparen
 Meist und sehr preiswert
 Lederjackett / Anzüge / Mäntel / Sport-
 Bekleidung / H. Wäsche / Gardinen
Rich. Rußig, Pirna
 Braustraße 11 - Tel. 401 88

Alle Leser
 der Arbeiterstimme sind gewöhnt,
 auch dem Inseratenteil die gebührende Beachtung zu schenken, sie

kaufen nur
 beeinflusst durch die in den Geschäftsanzeigen gemachten preiswerten Angebote

bei den Inserenten

Ein-u. Verkauft
 Kleiderschrank, Bücherschrank, Vertiko, Hölzernen, Chaiselongue, Schreibtisch, Tische, Stühle, Spiegel, Küchenschrank, Kücheneinrichtung, Bettst. mit Matr., Federbetten bei
Wodtke, Palmstr. 31, pl
 Eventuell T. -zahlung

Drogerie und Photohaus
 am Kronprinzenplatz
 Dresden-Löbtau
 Gut und billig

Möbel
 alle Arten breitere und kleinere
Möbel
 Möbelhaus
 El. betw. Gennide
 Dittm., Kanarstraße 13

Allen Motorradfahrern
 hiermit zur Kenntnis, daß wir unter heutigem Tage ein
Motorrad-Spezialgeschäft
in Pirna, Breite Straße 7
 eröffnet haben. Vertretungen folgender Sportmaschinen:
 „Gillet“ / Die Weltrekordmaschine
 „Rudge Whitworth“ / Der Sieger der 500-ccm-Klasse
 „Coventry“ / Die führende und stofffreie Maschine
 In unserem Ausstellungsraum können Sie unverbindlich die genannten Maschinen besichtigen. Die Lieferung von bestellten Maschinen erfolgt umgehend. Auf Wunsch liefern wir Ihnen jedes andere Fabrikat. Zubehörteile, Ausrüstungsgegenstände und Motorfahrerbekleidung in Stoff und Leder am Lager. Reparaturen aller Systeme werden prompt und zu angemessenen Preisen von ersten Fachleuten ausgeführt. Bitte, besuchen Sie uns unverbindlich.
Wuttke & Bierwirth
 Telephon 484 / Breite Straße 7 / Telephon 481

Unterricht
 in Mandol., Gitarre (Laute) erteilt
MARTHA KRIENITZ
 Eissaar Str. 2, IV (Saahsenplatz)

Kohlen und Brikette
 sowie Milchhandel. Um gütige Unterstützung bittet **Otto Hippe, Neu-Graun**

F. Fleisch- u. Wurstwaren täglich frisch
Oskar Richter
 Niederfeldstr., Radwiger Straße 7

Holz- u. Kohlen-Handlung
Pionier-Kasche
 Um gütige Unterstützung bittet
Gustav Stary, Pirna

Bierhandlung
Paul Müller, Copitz
 Leglerstraße 6, Tel. 652

Rauch-, Kau- und Schnupftabak
3-garren und Zigaretten
 kauft man gut und billig im
Spezial-Geschäft G. Rugler
 Pirna, Lange Str. 18 / gegenüber Dinnar 21mwart

CAPITOL
 FREITAL
 Ab morgen Freitag bis mit Montag
Der Film der Filme!
 Der aufsehenerregende
Van de Velde-Film
Die Ehe
 Dr. Van de Velde, der Verfasser des weltbekannten Werkes „Die vorläufige Ehe“ hat in Zusammenarbeit mit dem medizinisch-physiologischen Universitäts-Institut Berlin und dem Verlag wissenschaftlicher Filme Berlin das Manuskript zu dem Film geschrieben, der noch nie im Film erörterte Probleme, noch nie im Film gezeigte Aufnahmen bringt.
 Hauptrollen:
Lil Dagover / Hanna Waag
Ernst Stahl-Nachbauer
 Das hohe Ziel dieses Werkes ist:
Ein harmonisches blühendes Geschlechtsleben als das Fundament der Ehe
 Beginn: Werktags 19.15 und 20.45 Uhr
 Sonntags 16.30, 18.30 und 20.45 Uhr
 Für Jugendliche unter 18 Jahren verboten!
 Fahrräder, Motorräder, Automobile können kostenlos in geschlossenen Hallen abgestellt werden!

Ämtliche Bekanntmachung
 — Brand-Erbisdorf —
 Das freie Umherlaufen der Katzen ist den Eingebürgern zur Gefahr geworden. Um das Einfließen von Anzugsmaßnahmen vorläufig zu vermeiden, werden die Katzenbesitzer gebeten, den im Freien umherlaufenden Katzen ein sogenanntes Vorhemdchen um den Hals zu binden, um sie dadurch am Klettern zu verhindern. Herr Schulzeiter Gröwatsch, hier, Freiberger Straße Nr. 1 F, hat sich zur unentgeltlichen Abgabe von Katzenhemdchen bereit erklärt.
 Brand-Erbisdorf, den 15. Juni 1929.
 Der Stadtrat.